

Schrift „Die So-
r Auswande-
Nachrichten“ eine
eite kürzlich unter
Zstand in Nord-
wurde, weshalb sie
ollen nicht weniger
en die in der Hei-
en ausgeübte
ewiesen sei.
res handelt es sich
feinen Leiern auf-
enden Richtung und
aber diese haben
dementieren. Der-
der schwedische Ge-
nun einem Mit-
aller Entschieden-
noch von seinen
oder Statistik ver-
gar nicht zu einer
vergleichen können
daß eine Anzahl
den Heimatland
aus dem einen oder
erten. Unter diesen
einzelne gemeinen,
nisse in Schweden
desfalls nicht dort

esandte etwas „ge-
reife eine statistisch
gen, die gleichsam
in ihrem Heimat-
a ergriffen haben
schaften existierten!
lassen“, fragen die
n, es muß mit der
amen, wenn nicht
die elenden Lebens-
werden sollen. um,
Zukunftsum und
Existenz zu suchen.
vergarbeiter. Der
- und Weinberg-
hat seinen Sitz in
Genosse Johann
rner wurden in
als, Staimer und

ist beendet. Nach
wurde endlich ein-
teilt. Die Afford-
eine Aufbesserung
weiterer Zuschlag
Herde erfolgt ein
Stundenlohn bei
ht, desgleichen der
ende Arbeiter von
der Stundenlohn
eingeführt worden.
in Verhandlungen
nimmt, so daß die
it.

verband entlassen
ener Fahren-
der Betreffenden
und hiermit gelin-
22. Mai 09. Otto
diese völlig un-
der Schwiegerjüng-
und wenn eine
leich mehr haben.
ne man nicht ge-
a war, sollten das
macht werden. An-
et, ohne genügende
unter 16 Jahren
Bewerkschaftsstell-
e Arbeitervereine,
da allen sonstigen
na Tribian einzu-

bei Dresden. In
ei Verhandlungen
dafür zu sorgen,
den Kontingenz-
einer größeren
da kleinere oder
da jung geblieben
den Renten oder
nbaufen, die Be-
“. Ein eigentlicher
dem Kinderange-
verboren, die Ab-
Kinder angeführt
it es nicht zu ver-
enstaun mit ihren
nen.
age begrüßen, die
rtlin im Zentral-
st hat. Die schlie-
Spielplätze geigt
oder wohlhabende
Nagerischen Häuser
geschaffen haben.
ht lassen, der von
auftrage. Nach den
wohl möglich, sie
immer lästig emp-
einem Bede, wenn
Aufstellung einer
seiderordnung mit
nem Wandel ein
seiner Fläche zu
Spielplatz frei-
dieses Baublock
mehr bebaut wer-
gew. die Freizeite
vom ... zulässig
stüdt für sich und
des Spielplatzes
ist. — Auf dem
nden gemeinschaft-

daß kein Grund-
Eigentums be-
s gezwungen wird,
lich abliehrend ver-
Nutzung ei-
weifel gesucht ist.
ung eine zu große
unternehmer, ja es
erleiden, da es
gehen, weil sich die
richtigen lassen, wie
weist. Bei schief-
mit größerer Be-
glicht rechtswirktig

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei-
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 M. vierteljährlich inklusive
Befellgeld.
Einzelnnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.

Verantwortlicher Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie
für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 166.

Bielefeld, Dienstag, 20. Juli 1909.

20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Das Ergebnis der Beamten-Besoldungsreform.

Genarrt und betrogen.

So toll es der Schnapsblock bei seiner Steuermacherei zum Schaden der breiten ärmeren Volksmassen getrieben, so arg ist auch die Art, wie er die Besoldungsfrage für Beamte und Offiziere zum Abbruch gebracht hat. Ein frivoles Spiel kann nicht getrieben werden, als es sich in den letzten Wochen in der Budgetkommission und im Plenum des Reichstags abgespielt hat. Zum Narren gemacht wurden dabei die jungen Leute aus dem Unterbeamten und betrogen werden die jungen Leute aus dem Volke, die man in den Soldatenrock steckt, ohne ihnen die Mittel zur Verdrückung der bescheidenen Ansprüche zu gewähren.

Auf die Geschichte der Erhöhung der Beamtengehälter kurz einzugehen, verlohnt sich in dem Augenblick, wo die Budgetkommission dieses Werk zu einem Abbruch gebracht und der Schnapsblock des Reichstags seine Zustimmung gegeben hat. Betrachtet man die Vorgänge, die sich in Bezug auf die Besoldungsreform seit der letzten Wahl abgespielt haben, im Zusammenhang, so sieht man erst recht, wie sehr die Beamten geprellt worden sind.

Alle Hilfsmittel waren dem schon 1906 verfahrenen Bülows recht, um sich durch die Spottentwässerungen eine geistige Reich-tumsmehrheit zu verschaffen. Nicht nur der durch den Silber-stiefel vollends mobilisierte Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie wurde losgelassen, sondern auch der letzte Unterbeamte sollte für die bürgerlichen Parteien begeistert werden.

Durch die Zollminderpolitik des agrarischen Kanzlers sind auch die Beamten schwer betroffen worden. Ihr Gehalt blieb unverändert, während die Preise für Wohnung, Kohlen und Nahrungsmittel erschreckend in die Höhe getrieben wurden. Wasche die Ansuriebarkeit machte sich in den Kreisen der Be-amten bemerkbar. Bülows ließ ihnen während der Wahlbe-wegung eine Gehaltserhöhung in Aussicht stellen, falls die Wahlen für die Regierung betriebend ausfielen. Dieses Ver-sprechen verlor seine Wirkung nicht. Es gab bei der Wahl keine eifrigeren Helfer für die bürgerlichen Parteien, als einen er-behlichen Teil der Beamten, die durch weitgehende Versprechun-gen der bürgerlichen Kandidaten weiter angepörrt worden waren.

Mit der Bezeugung ihrer Erkenntlichkeit für geleistete Wahl-hilfe an die Beamten hatte die Regierung es aber keineswegs eilig. Nur einen ganz winzigen Betrag wollte sie im Jahre 1907 für die Gewährung von Teuerungszulagen zur Verfügung stellen. Es bedurfte des nachhaltigen Drängens aller Parteien des Reichstags, bis endlich einmalige Teuerungszulagen in Höhe von 100 M. für untere und 150 M. für die mittleren Beamten von der Regierung gewährt wurden. Leicht wurde der Regierung dieses Zugeständnis nicht, weil die Kasse leer war. Mit ge-pumptem Gelde wurden die Beamten vorläufig abgefunden. Für 1908 wurde die Erhöhung der Gehälter bestimmt in Aussicht gestellt. Aber die Beamten erlebten abermals eine herbe Ent-täuung. Die Parteien des Bülows-Blacks konnten sich über die Aufbringung der erforderlichen Steuern nicht einigen. Die Besoldungsreform unterblieb. Mit Teuerungszulagen, zu deren Auszahlung wieder 26½ Millionen Mark gepumpt wurden, mußte abermals der Unmut der darbenenden Beamten etwas be-schwichtigt werden.

Erst Anfang November ging gleichzeitig mit den neuen Steuervorlagen dem Reichstage auch der Entwurf eines Be-soldungsgegesetzes mit den verschiedenen Besoldungsordnungen zu. Aber Vegetierung wurde durch die vorgeschlagenen neuen Ge-haltsstufen bei den unteren und mittleren Beamten keineswegs hervorgerufen. Große Enttäuschung mußte tief greifen, weil die Forderungen der fa-lecht bezahlten Beamten nicht entfernt Be-rückichtigung gefunden hatten. Nicht nur aus Rücksicht auf die Reichsfinanzen war die Regierung bestrebt, die Gehaltsstufe besonders der unteren Beamten niedrig zu halten, sondern um der Interessen der Kommunen als Arbeit-geber und um des Profits der Kapitalisten willen. Wurde doch in der Begründung der Vorlage wörtlich gesagt:

„Auch konnte die Rückwirkung nicht außer Betracht bleiben, welche sich aus den Besoldungsanhebungen der Reichsbeamten nicht nur auf die bundesstaatlichen und Gemeindebeamten, sondern auch auf die im Handel und in der Industrie Angestell-ten, sowie auf die ländlichen Arbeiter ergibt.“

Musterarbeitgeber soll danach das Reich insofern sein, daß es in Bezug auf Niederhaltung der Löhne den kapitalistischen Ausbeutern mit gutem Beispiel vorangeht.

Dem Drängen der Beamten auf leidlich auskömmliche Be-zahlung glaubten sich auch die bürgerlichen Parteien nicht ent-ziehen zu können. Kräftige Worte fanden im Plenum und später noch mehr in der Kommission die Herren von den bürger-lichen Parteien, die zu der Besoldungsfrage redeten. Mit seltener Einmütigkeit stellten sich alle Par-teien ohne Ausnahme auf den Standpunkt, daß die für die Unterbeamten und die Assistenten vorgeschlagenen Gehaltsstufen unzureichend seien. Die Gehälter wurden höher festgesetzt, trotz des Pro-testes des Herrn Sydow und unbekümmert um die Hinweise darauf, daß es nicht gut angehe, über die für die preußischen Beamten hohen festgesetzten Gehälter hinauszugehen. Die Be-amten atmeten auf, wenn auch ihre Bezahlung selbst nach den Kommissionsbeschlüssen nicht weniger als läppig war. Bei dem Waf von Entschiedenheit, das alle bürgerlichen Abgeordneten an den Tag gelegt hatten, mußte es als ausgeschlossen erscheinen, daß die erwarteten Hoffnungen so arg enttäuscht werden könnten, es jetzt geschieht. Hatte die Kommission doch nicht nur die unteren Beamten aufgebessert, sondern sie war auch bei den Gehältern der höheren Beamten und der Offiziere erheblich über die Regierungssätze hinausgegangen. Allerdings hatte die Re-gierung den letzteren Beschlüssen kein hartes Unannehmbar entgegenge-setzt.

In der Zeit zwischen der ersten und der zweiten Lesung der Besoldungsordnungen in der Kommission ging der Bülowsblock vollständig in die Brüche. Dadurch entstand für die Beamten

eine total veränderte Situation. Als Oppositionspartei hatte das Zentrum der Regierung auf ihr Unannehmbar mit kühlem Gleichmut geantwortet, das Notwendige müsse geschehen. So unerwartlich der Schnapsblock sich gegenüber allen Vorstellungen von Regierungssseite in Sachen der Erbschaftsteuer bewies, so nachgiebig zeigte er sich bei der Festlegung der Beamtengehälter in zweiter Lesung. Nur einen Augenblick schien es, als wenn der schwarze Block festbleiben würde, nämlich als er trotz des Protestes der Regierung in zweiter Lesung die Bezahlung der zahlreichen Klasse der Postkassierer bei 1200—1800 Mark belies. Ein paar Zentrumsabgeordnete hatten nicht sofort einschwenken wollen. Mit dem Postbeamten Samacher wurde kurzer Prozess gemacht; seine Fraktion schiffte ihn aus der Kommission aus. Dann ging das Gerab-leben der Gehälter wie gewohnt. Statt 1100—1500 M. er-halten die Landbriefträger nur 1100—1400 M. Die Postunter-beamten in gehobener Dienststellung werden nicht 1600—2200 Mark, sondern nur 1400—2100 M. beziehen. Den Post-assistenten wurden 300 M. abgezogen, statt 1800—3600 M. werden sie nur 1800—3300 M. bekommen. Dafür wurde allerdings das Höchstgehalt der Postsekretäre von 4000 auf 4200 M. heraufgesetzt. Auch die Postkassierer kamen schließlich nicht ungehört davon. Am Mittwochabend wurde in einer Sitzung ihrem Gehalt die Ehre einer dritten Lesung zuteil mit dem Erfolge, daß eine Kürzung auf 1100—1700 M. eintrat.

Immer wenn im Reiche gepörrt wird, geschieht es auf Kosten der Ärmere. Denen, die schon haben, wird immer mehr ge-gaben. In energischer Weise erhob das preussische Finanz-ministerium in der Budgetkommission zwar Einspruch dagegen, daß die vortragenden Käte in den Reichsäthern, ferner die Präsidenten der mittleren Reichsbehörden um Tausende von Mark besser bezahlt werden sollen, als die Regierung vorzöhl, und als die ihnen gleichstehenden Beamten in Preußen. Das stimmerte den neuen Block nichts. Mit keinem Worte war auch davon die Rede, die Offiziersgehälter auf die Höhe der Regierungsvorlage herabzu-setzen, trotzdem dadurch 2½ Millionen Mark erspart werden könnten. Das Gegenteil ge-schah! Das Wohnungsgeld für einige Kategorien von Of-fizieren wurde erhöht. Der sonst so sparsame Schatzkettar Sydow meinte, er wolle gern noch 160 000—170 000 M. drau-legen, wenn er dadurch mit den bürgerlichen Herren einig werden könne.

Später zog der splendide Herr Schatzkettar aber wieder andere Seiten auf. Von der Deckungsfrage war die Rede. Bei der Forderung von 500 Millionen Mark neuer Steuern sind für das Jahr 1909 aus Anlaß der Besoldungsreform 99½ Millionen Mark Mehrausgaben vorgegeben. Die Kommission hat für die Beamten und Offiziere 19 Millionen Mark mehr, als vorgegeben war, bewilligt. Herr Sydow erklärte, daß ihm für rund 16 Millionen Mark Deckung für die Beamten- und Offiziersgehälter fehlen. Daß diese Summe mehr an neuen Steuern einkommen wird, glaubt er nicht. Aber ausnahmsweise ist der Herr Schatzkettar einmal findig. Es gibt zu seinem Glück noch arme Teufel von Proletariern, die zugunsten der höheren Beamten und Offiziere leiden können.

Zweimal hat der Reichstag, 1907 und 1908, einer sozialdemo-kralischen Resolution zugestimmt, durch welche die Erhöhung der geringen Löhne der Soldaten geordert wurde. Die Re-gierung hat diese Solberhöhung im Vorjahre zugeagt. Von den 99½ Millionen Mark, die für die Besoldungsreform vorgegeben waren, sind 14 278 956 M. bestimmt, die Löhne der gemeinen Soldaten um 8 Pfg. pro Tag zu erhöhen.

Auf Vorschlag des Schatzkettars erklärte sich die Mehrheit vom Schnapsblock damit ein-verstanden, daß die Soldaten nichts be-kommen!

Eine der in solchen Fällen üblichen Resolutionen wurde an-genommen, in der davon die Rede ist, daß die Soldaten im nächsten Jahre daran kommen können. Sydow hatte betont, für die Soldaten werde so ausgezeichnet gesorgt, daß die Löhnungs-erhöhung bis 1913 oder 1914 warren könne. Der Reichs-verbandsgeneral Liebert hielt es für angebracht, davon zu reden, daß für die Generale seit 1813 nichts getan worden sei, worauf der sozialdemokratische Abg. Koste antwortete, daß ein ton-manbrierender General dem Volke jährlich mindestens 60 000 Mark kostet, er griff den Schatzkettar und die Mehrheit auf das schärfste an, hielt der Kommission ihren Wortbruch vor und forderte wiederholt die Erhöhung der Mannschaftslohne. Vergebens! Mit bettigen Auseinandersetzungen schloß die Beratung der Besoldungsordnung in der Kommission.

In der Plenarsitzung wiederholten sich diese Vorgänge. In der zweiten Beratung stimmten selbst zahlreiche Abgeordnete vom Schnapsblock den Anträgen der Linken zu, die eine bessere Bezahlung der Unterbeamten anstrebten, die also die Beschlüsse der Kommission in zweiter Lesung wiederherstellen wollten. Auch eine andere Regelung der Erstklasseneinteilung wurde von Ab-geordneten der Linken verlangt, da die Beschlüsse der Kommission in sehr vielen Fällen die besonderen Verhältnisse einzelner Orte unberücksichtigt ließen. Alle darauf abzielende An-träge, unter denen sich auch ein Antrag des Abg. Sebering befand, Bielefeld aus der Erstklasse C nach B zu versetzen, wurden der Regierung zur Erwägung überwiesen. Die Anträge auf Ver-setzung der Unterbeamten aber fanden bei der Regierung ein-entschiedenes „Unannehmbar“. Und die tapferen Abge-ordneten, die sich in zweiter Lesung für die For-derungen der Beamten erklärt hatten, fielen in dritter Lesung wieder um, eingeschüfert von dem „Rein“ der verbündeten Regierungen. Gegenüber einem entschlossenen Reichstag hätte die Regierung auch in dieser Frage nachgeben müssen. Die Mehrheit des Reichstages zeigt sich aber nur dann entschlossen, wenn es gilt den Besitz zu entlasten und dem kleinen Manne neue Abgaben aufzuerlegen.

Aufreienheit kann dieses Werk weder bei den Beamten noch bei den Volksmassen auslösen. Die Beamten aber sollten ein-eichen lernen, daß sie weder vom Schnapsblock noch von dieser Regierung auch nur die geringste Verdrückung ihrer Wünsche erfahren werden. Die Beratung dieser Besoldungsreform hat den Beamten mit aller Deutlichkeit gezeigt, wo ihre Freunde sitzen.

Ein Manifest des ungekrönten Königs von Preußen.

Die Herzenserleichterung des verflochtenen Bernhard gegen-über dem Nebakter des „Hamburger Correspondent“ pakt den Siegern auf der Wahlstatt der Finanzreform nicht. Folgender Artikel der „Konserativen Korrespondenz“, welcher ichenbar vom Abgeordneten von Seydebrand und der Laja selbst in-spiriert ist, wendet sich energisch dagegen:

„Herr Bülows hat sich in längeren Ausführungen einem Ver-treter der Presse gegenüber über die leitenden Grundzüge seiner Politik und insbesondere auch über die näheren Umstände, die zu seinem Rücktritt geführt haben, ausgelassen.“

Wir können, da sich diese Darlegungen fast ausschließlich gegen unsere Partei oder deren Führung richten, daran nicht vorübergehen, obwohl es uns widerstrebt, in eine Brechpolmik mit dem toeben ausgeschiedenen Staatsmann einzutreten.

An der Wichtigkeit der von dem Redner der konservativen Reichstagsfraktion, dem Abgeordneten Dr. v. Seydebrand und der Laja angeführten Tatsachen läßt sich trotz aneinander der Be-mängelung auch nicht im kleinsten Punkte rütteln. Sie sind jeder Probe gewachsen.

Ueber die Schlussfolgerungen und die daran geknüpften poli-tischen Debatteationen allerdings wird man natürlich, je nach dem Vorstehtandpunkte, oder der Stellung als neutraler Staats-mann, immer verschiedener Meinung sein können.

Das berührt uns weiter nicht, ändert freilich auch weiter nichts.

Somit beschränken wir uns auf wenige Nichtigkeittungen: Gerade von konservativer Seite ist dem künftigen Bülows von allem Anfang an die schwache und bedenkliche Seite seiner zuge-schriebenen Vlodpolitik nicht verhehlt worden. Dafür, daß sich diese allmählich gleichwohl immer stärker und einseitiger entwickelte, tragen die Konservativen keine Schuld. Man mußte ihnen dafür eigentlich Dank wissen, daß sie im Vertrauen auf die allgemeine staatsmännliche Begabung des künftigen Bülows immer wieder ihre Bedenken unterdrückten.

Aber zu einer Zwangsjade konnten sie das Verhältnis zwischen den Parteien schließlich nicht werden lassen. Auch so weit konnten sie es am Ende nicht kommen lassen, um einer all-gemeinen politischen Theorie willen bei der nachgewiesenen Un-möglichkeit, mit den Liberalen vorwärts zu kommen, das große nationale Finanzreformwerk in Gefahr zu bringen.

Daß eine solche „Taktik der Konservativen“ den Reichskanzler zu Falle bringen muß, ist direkt falsch; sie konnte vielmehr für ihn, wenn er sich um der großen Sache willen entschlossen hätte, sein Gesicht von denjenigen der einen oder der anderen liberalen Fraktion zeitweilig zu trennen, geradezu rettend werden. Auch jetzt noch trotz des offenkundigen Verlangens der Liberalen bei der indirekten Beileuerung ihnen zurückgehend eine befre-digende Mitwirkung zur Lösung der großen Reformaufgabe zu-zutreiben, verrät mehr Optimismus, als uns verständlich und mit den Tatsachen vereinbar ist.

Daß sich Herr Bülows, wie er betont, große und, wie auch wir hoffen, bleibende Verdienste um unser Staatsleben erworben hat, ist mit aller Entschiedenheit und Offenheit von dem Vertreter unserer Partei im Reichstage anerkannt worden. Daß alle diese Erfolge aber nicht trotz der Konservativen, wie Herr Bülows meint, sondern unter ihrer tätigen Unterstützung errungen worden sind, liegt klar zutage und steht geschichtlich so fest, daß man zu einem jezt beliebigen Vertreiben dieser Tatsache nur den Kopf schütteln kann. Die hieran geknüpften verstellten Anklage gegen unsere Partei richtet sich von selbst.

Es mag der Fehler der Liberalen und auch des Reichskanzlers und seiner Berater gewesen sein, daß sie bis zuletzt an einen „Umfall“ der Konservativen geglaubt haben, deren Ueber-zeugungstreue und Festigkeit anscheinend als nicht zum Pro-gramm der konservativen Partei gehörig betrachtet wurde. Da-für aber können die Konservativen nichts.

Es ist recht gut möglich, daß die Haltung der konservativen Reichstagsfraktion im Lande auch jezt noch nicht überall voll verstanden und nach Gebühr gewürdigt wird. Dafür sorgt leider auch eine übermächtige gegnerische Presse, die gewiß auch nicht verabsäumen wird, die Darlegungen, des ihr näher als der untergen stehenden Staatsmannes (!) in diesem Sinne auszu-beuten.

Um so energischer müssen unsere Freunde tätig sein, durch persönlichen Verkehr und in Verhandlungen die alte Treue und Zusammengehörigkeit der konservativen Partei, das gegen-seitige Vertrauen zu beleben und zu festigen.

Wögen auch manche Elemente mehr gouvernementaler und schwankender Richtung von uns sich trennen. Die Stärke einer Partei beruht am letzten Ende nicht auf ihrer Zahl, und wir haben die gute Zuversicht, daß die Partei aus den letzten Kämpfen schließlich stärker und einiger hervorgehen wird als je.“

Man muß gestehen, daß der Artikel an Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig läßt. Er sagt das, „was ist“. Die souveräne Ueberlegenheit, mit welcher er über die liberalen Vlodphanta-sereien zur politischen Tagesordnung übergeht, ist föhlich. Nicht minder föhlich auch die Nichtachtung, mit welcher das Sturmlaufen der gouvernementalen Konservativen gegen die eigentliche kleine, aber starke Partei behandelt wird.

Der Vlodversuch Bülows, allmählich die Junfer der fort-schreitenden Industrialisierung anzupassen, ist von dieser de-finitiv zurückgewiesen worden. Sie wollen kein Tüpfelchen ihrer Macht Herrlichkeit in Preußen - Deutschland abgeben, und sie werden bestimmt solange das Heft in Händen behalten, bis die Sozialdemokratie ihren Entscheidungssampf mit den feudalen Herren, der eigentlich dem Liberalismus zugekommen wäre, siegreich zu Ende geführt hat.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Ein Gegner der Erbschaftsteuer. In Würzburg ist vor eini-gen Wochen „ein angesehener Privatier, Inhaber hoher Ehren-amter“ — wie die deutsche Lokalpresse distret mittelt — ge-storben, der zu den Gegnern der Erbschaftsteuer gehörte. Er hatte allerdings Grund dazu. Denn jezt mußten die Erben 35 000 M. an das Rentenamt zahlen wegen Hinterziehung der Kapitalrentensteuer, die sich der Verstorbene aus Liebe zum Vaterland zuschulden kommen ließ

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder
deren Raum 15 Pfg. Bei Wieder-
holungen entsprechender Rabatt.

Insertaten-Aannahme
bis 1/29 Uhr vormittags. Größere
Insertate müssen bis 5 Uhr abends
tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der
Buchdruckerei und Buchhandlung
„Volkswacht“
A. Gerisch & Co., Bielefeld.

„Dannach werden wohl die Nationalliberalen einer Zeit trenglicher Verdenklichung bedürfen, ehe sie sich überzeugen, daß nicht diesem noch recht liberal denkenden Kanzler auf absehbare Zeit geredet werden muß und daß auf einen Kanzler von entschieden liberaler“ Richtung vorläufig nicht geredet werden kann. Vielleicht werden sie dann unangählicher und begnügen sich, wie andere Parteien, an dem Erreichbaren. An dem guten Willen der Konjunctiven, die Parteischwierigkeiten zu überwinden, darf der Kanzler dagegen nicht zweifeln. Solange der Reichstag nicht zugemutet wird, sich dem Kommando der Einlenkungsordnungen, ist sie flüchtig und fleißig, und jedenfalls frei von alldem Dogmatismus. Aus der Kritik, die von Bethmann-Sollweg sozialpolitische Programmrede vom 5. Februar bei den Konjunctiven gefunden hat, wird er haben ersehen können, wie weit diese Partei ihm entgegenzukommen bereit ist. Sie wird auch stets eingedenk sein, wie unendlich schwierig, ja fast unlösbar eine Aufgabe in der allgemeinen inneren Politik ist; darum wird sie Unmögliches nicht von ihm verlangen und das Mögliche zu erreichen stets hilfsbereit sein — nicht als gowernementale

...als die Lage der Westfront auf absehbare Zeit ungeschädigt, die Situation keineswegs gefährdet. In Nordbrasil werden fortgesetzt russische Truppen konzentriert, die auf die nächste Gelegenheit warten, um gegen die dortigen Amerikaner vorzugehen. Die aus Petersburg gemeldete Nachricht, daß der Oberbefehlshaber der dortigen russischen Truppen, General Grews, im Unterbunde, daß die Lage in Schiras in Südbasil besorgniserregend sei und daß britische Truppen in Nordbrasil bereit gehalten würden, um im Falle dortiger Gefahr einzugreifen, zu werden. Wenn England in Südbasil militärtruppen

— Die Zeiten der Teu-
 10 wirkungsvoll vorberei-
 Familienvater zum Nach-
 nun zu tun sei, um Ge-
 unterhalt in Einklang
 einfach, wenn man die U-
 nistische Wirtschaftssysteme
 Steuererhöhungen und

ist der Eindruck, der auf die Leserinnen und Leser der Zeitung gemacht wird. Die Redaktion hat sich bemüht, die Artikel so zu schreiben, wie sie sind. Die Redaktion hat sich bemüht, die Artikel so zu schreiben, wie sie sind. Die Redaktion hat sich bemüht, die Artikel so zu schreiben, wie sie sind.

mobilität macht, so kann man sicher sein, daß Rußland in Nordpersien mit verdoppelter Energie vorgehen wird. Alle Versicherungen der englischen wie der russischen Regierung über ihre angebliche Neutralität und Friedfertigkeit sind feiner Pfeffersack wert, solange ihre Handlungen deutlich darauf hinweisen, daß sie planmäßig auf die Okkupation Persiens hinarbeiten. Die Entschlossenheit, mit der die persischen Konstitutionalisten den Kampf aufgenommen haben, dürfte bald zur Evidenz zeigen, welcher Art die Politik ist, die Rußland und England in Persien verfolgen.

Spanien.

Der Konflikt mit Marokko. Madrid, 19. Juli. Einer Meldung aus Melilla zufolge machten gestern die Rifflente einen neuen Angriff auf die Vorposten der spanischen Truppen. Die Spanier verhielten sich mit neu eingetroffenen Mannschaften ihre Offensivlinie und bombardierten die vom Feinde besetzten Gurgu-Höhen. Die Eingeborenen zogen zurück, nachdem sie ein vierstündiges Artilleriefeuer ausgehalten hatten.

Madrid, 19. Juli. Amtlichen Meldungen aus Melilla zufolge ist der gestrige Kampf erster gewesen, als zunächst angenommen wurde. Die Mauren erneuerten ihre Angriffe gestern abend. Der Kampf dauerte heute früh noch fort. Die Verluste auf spanischer Seite sind bedeutend. Man berichtet bereits einen Oberst, einen Kommandanten und einen Hauptmann als getötet. Eine weitere Verlustliste werde erwartet.

England.

Winston Churchill gegen die Deutschen. In einer Rede im schottischen liberalen Klub sagte der Handelsminister Winston Churchill: „Ich erkläre, daß zwischen England und Deutschland weit weniger Verähnlichkeit als zwischen England und Frankreich besteht. Die Deutschen sind ein Volk, das die Welt in zwei Teile teilt: in ein deutsches und ein nicht-deutsches. Die Deutschen sind ein Volk, das die Welt in zwei Teile teilt: in ein deutsches und ein nicht-deutsches.“

Die christliche Arbeiterbewegung im Dienste des Zentrums.

Die katholischen Arbeitersekretäre Westdeutschlands sind durch ein Geheimzirkular von der Münchener-Gladbacher Zentrumszentrale zu einer Konferenz nach Köln eingeladen worden, um dort „Anweisungen und Ratschläge“ zu empfangen, wie sie die ihnen anvertrauten katholischen Arbeiter über die neuesten Steuerbewilligungen der Zentrumspartei „auffklären“ können.

Das Zirkular ist so hochinteressant, daß wir es wörtlich folgen lassen. Es lautet:

„Westdeutsche Arbeiterzeitung“ G. m. b. H.

Dr. D. Müller, Direktor.

Sehr geehrter Herr Arbeitersekretär! Wie Sie vielleicht erfahren haben werden, findet am 1. August eine Konferenz der Arbeitersekretäre der Erzdiözese Köln eine Konferenz der katholischen Arbeitersekretäre Westdeutschlands statt zwecks Aussprache über die gegenwärtige politische Lage. Es sollen auf dieser Konferenz den Arbeitersekretären Anweisungen und Ratschläge gegeben werden, wie sie die Agitation der Sozialdemokratie, die jetzt nach Erhebung der Reichsfinanzreform in dritter Lesung gegen das Zentrum vorzuschieben einsehen wird, erfolgreich abwehren.

Die Tagesordnung ist folgende:

1. Ueberblick über die gegenwärtige durch die dritte Lesung erledigte Reichsfinanzreform und die Geschichte ihres Zustandekommens. Referent: Redakteur Zösch.

2. Welche Beweggründe haben das Zentrum in seiner Stellungnahme zur Reichsfinanzreform beeinflusst? Referent: Abgeordneter Giesberts.

Ich bitte Sie, mit Ihrem Herrn Bezirkspräses, dem ebenfalls von der Tagesordnung Mitteilung gemacht worden ist, Rücksprache zu nehmen, ob er es Ihnen möglich machen kann, auf Kosten des Bezirksverbandes die Reise zu machen. Es empfiehlt sich die Reise um so mehr, als ja zu derselben Zeit auch der Gewerkschaftsfongress in Köln tagt.

Mit freundlichem Grusse

Dr. D. Müller, Diözesanpräses.

Es kann kaum noch wundernehmen, daß man auch den Arbeiterabgeordneten Giesberts als Referenten auf der Tagesordnung findet. Der andere Referent ist der Redakteur der „Münchener-Gladbacher Westdeutschen Arbeiterzeitung“, auch eine Zentrumspartei sans phrase. Geradezu unangehörig ist es, daß die katholischen Arbeitervereine auch noch die Kosten der Reise nach Köln tragen sollen. Wenn man diese Kosten wenigstens der Hauptkasse der Zentrumspartei entnähme, der doch diese Konferenz ganz allein nützt.

In dem Geheimzirkular heißt es ausdrücklich, daß die Konferenz für die westdeutschen Sekretäre auf Anregung einer Konferenz der Arbeitersekretäre der Erzdiözese Köln stattfindet, daß heißt der nächsten Leute, die im Oktober 1908 in einer gemeinsamen Besprechung in Düsseldorf einstimmig folgende Resolution beschließen und an die Zentrumsfraktion des Reichstages abgeben:

Die in Düsseldorf verammelten katholischen Arbeitersekretäre glauben der Meinung der katholischen Arbeiter, wie sie dieselben in Verammlungen, in persönlichen Verkehr in betreff der in Aussicht stehenden Finanzreform kennen gelernt haben, in folgender Weise der Leitung der Zentrumspartei zur Kenntnis geben zu müssen: Es beruht die Arbeiterzeitung sehr befremdend, daß fast der ganze Betrag der zur Erhaltung des Reiches notwendigen Steuern von der breiten Masse des Volkes getragen werden soll, wie das in der geplanten Erhöhung der Steuern auf Tabak, Bier und Branntwein zutage tritt. Gegenüber der Vorlage des Deutschen Reiches verkennet die Arbeiterzeitung durchaus nicht die nationale Pflicht, eine Befreiung der Reichsfinanzen herbeizuführen, indes muß dagegen Einspruch erhoben werden, daß der größere Teil der Steuern wiederum auf die breiten Massen des Volkes abgewälzt wird, während kein ernsthafter Versuch zu erkennen ist, die besitzenden Klassen, entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit, zur Bestreitung der Bedürfnisse des Reiches heranzuziehen. Das ist um so mehr geboten, weil die arbeitenden Stände durch den gegenwärtigen Niedergang der Industrie in besonderer Weise betroffen werden und auch schon durch eine Reihe indirekter Steuern belastet werden. Um so mehr ist eine Erleichterung der leistungsfähigeren Kreise des Volkes durch direkte Steuern geboten, als dieselben durch indirekte Steuern in besonderer Weise nur wenig getroffen werden können, da sogenannte Luxussteuern geringe Einkünfte abwerfen.

Die Zentrumspartei haben sich um diese Resolution, die nachher noch von dem Delegiertenkongress des Verbandes der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands nach einem Referat Giesberts (!!) einstimmig gutgeheißen und bekräftigt worden ist, nicht im geringsten gekümmert. Zum Danke dafür geben diese katholischen Arbeitersekretäre hin, um die Zentrumsfraktion den katholischen Arbeitern als arbeiterfreundlich hinzustellen.

Ans der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 20. Juli.

Die Zeiten der Teuerung, die durch die Steuererhöhungen so wirkungsvoll vorbereitet wurden, müssen manchen besorgten Familienvater zum Nachdenken über die Frage veranlassen, was nun zu tun sei, um Einkommen und Kosten für den Lebensunterhalt in Einklang zu bringen. Die Sache wäre ziemlich einfach, wenn man die Ursachen der Teuerung: das protektionistische Wirtschaftssystem, die Kartelle und Syndikate, die Steuererhöhungen und dergleichen leicht aus der Welt schaffen könnte. Jedermann weiß aber, daß das nicht so einfach zu bewerkstelligen ist. Blicke noch der andere Weg, das Einkom-

men so zu erhöhen, daß es ausreicht, die gestiegenen Kosten der Lebensführung zu decken. Die Berufsorganisationen der Arbeiter, die Gewerkschaften, wirken in diesem Sinne. Aber, wie jedermann weiß, leicht ist es für die Gewerkschaften in der heutigen Zeit nicht, Lohnerhöhungen durchzusetzen. Unter diesen Umständen gewinnt die dritte Methode, Einkommen und Kosten für den Lebensunterhalt miteinander in Einklang zu bringen, an Bedeutung für den Arbeiterhaushalt. Diese dritte Methode besteht darin, dem vorhandenen Einkommen eine größere Kaufkraft zu verleihen. Überall ist der Handel mit Lebensmitteln und notwendigen Gebrauchsgütern zerstückelt. Zahlreiche Zwischenhändler verteuern die Waren ganz ungebührlich. Nach der Berufs- und Gewerbebeziehung kommt auf etwa 35 Einwohner Deutschlands eine Handelskraft. Diese Händler belasten natürlich die Konsumenten, denn sie leben von den Aufschlägen, die sie auf die Waren machen. Für das gleiche Geld könnten die Konsumenten mehr Waren beziehen wie heute, wenn es gälte, eine Organisation der Warenverteilung herbeizuführen, die das Heer der Zwischenhändler verringert und die Konsumenten von den Tributleistungen befreit, die sie heute an die Zwischenhändler zu leisten haben. Eine solche Organisation ist durchaus möglich, die ersten Ansätze dazu sehen wir in den Konsumvereinen. Der Konsumverein schaltet überflüssige Zwischenhändler aus; er läßt den Gewinn, den die Zwischenhändler bisher erzielt, den Konsumenten zugute kommen und erhöht auf diese Weise die Kaufkraft des Einkommens. Familienväter und Familienmütter seien daher gerade jetzt nachdrücklich auf die Konsumvereine hingewiesen, als auf ein Mittel, mit dem man den Folgen der Teuerung wenigstens teilweise entgegenwirken kann.

— **Aussperrung der Pfisterer.** Unter Vorsitz des Herrn Amtsgerichtsrats Hauschild fand am 19. Juli eine nochmalige Einigungsverhandlung vor dem hiesigen Gewerbegericht statt. Dieselbe verlief resultatlos, da die Unternehmer zu Protokoll erklärten, daß sie im Auftrage des Hauptvorstandes des Verbandes der Pfistermeister von Rheinland-Westfalen jeden Schiedsspruch ablehnten.

— **Bielefelder Sommertheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Auf vielseitiges Verlangen wird heute um 8. Male das heitere Lustspiel „Liebesmischer“ aufgeführt. Morgen kommt eines der interessantesten Stücke der Saison, „Der Teufel“, von Franz Molnar, zum dritten Male zur Aufführung.

— **Gestohlene Fahrräder.** In der Nacht zum 6. Juli wurden aus dem Laden des Fahrradhändlers Louis Böh, Bielefeld, Kaiserstr. 3, mittels Einbruchs 5 neue Fahrräder gestohlen und zwar: 1 Dürkopp, „Diana 9 B“, Serrenrad Nr. 348 458, 1 Dürkopp, „Diana 9 B“, Serrenrad Nr. 386 254, 1 Dürkopp, „Diana 14 B“, Damentand Nr. 379 947, 1 „Phänomen 10“, Serrenrad Nr. 111 676, 1 „Phänomen 10“, Serrenrad Nr. 107 604 oder 107 459. Für die Ermittlung steht Böh eine Belohnung von einhundert Mark aus, auch ist derselbe gern bereit, die Beschreibung der Fahrräder, sowie die Nummern jedem bekannt zu geben. Auch für anonyme Anzeigen wird die Belohnung bezahlt.

— **Polizeibericht.** Vermisste Uniformstücke. Ein Detektiv vom Ins.-Reg. Nr. 15 in Minden hat bei seiner Wiedererregung angegeben, seine Uniformstücke, bestehend aus Rock, Hose, Halsbinde, Koppel und Seilengewebe — letzteres mit 15 R. 12. 113 gezeichnet — in einem Kornfeld zwischen Herford und Bielefeld, etwa 30 Meter von der Straße entfernt, abgelegt zu haben. Sachdienliche Mitteilungen nimmt die hiesige Kriminal-Abteilung entgegen.

Diebstahl. Eine schwarz-weiß-rote Fahne mit schwarzem Wappen, welche vor dem Hause Gehrenberg 4 ausgehängt war, ist in der Nacht zum 17. d. M. entwendet worden. Auskünfte über den Verbleib der Fahne nimmt die Kriminal-Polizei entgegen. Ein Schwindler und Dieb mietete sich am 15. d. M. bei dem Steueranleger Rudolf B. in der Friedrichstraße unter dem Vorgeben, er sei in Stellung in der Pianofortefabrik von Mann u. Co. Am 17. d. M. ist der Fremde unter Hinterlassung seiner Kiste und Koffer und mitnahme eines blauen Jacketts und einer graugetreuten Hose verschwunden. Der Schwindler wird beschuldigt, als ein Mann im Alter von ca. 25 Jahren, mittlerer Figur mit dunkelblondem, hochstehendem Haar, hellblondem Schnurrbart und etwas schwärzlichen Gänge. Er trägt braunfarbten Anzug und hellbraunen gestreiften Hosen und spricht fränkischen Dialekt. Derselbe Schwindler hat am 19. d. M. vormittags gegen 11 Uhr im Hause Götzenstraße 43 ein Jackett im Werte von 35 Mk. entwendet. Auch dort hatte er ein Zimmer mieten wollen und führte bei dieser Gelegenheit den Diebstahl aus.

Fahrrad Diebstahl. Ein Fahrrad, Marke Witter, Nr. 13 751 wurde gestern vormittags gegen 10 Uhr am Hauptpostamt gestohlen. Beschreibung des Rades: Nach unten gelogene Ventile, gelbe Felgen mit roten Streifen, ohne Freilauf mit Kennzeichen.

Eingeliefert wurden vier Personen wegen Trunkenheit und Verüben groben Unfugs bzw. Obdachlosigkeit: 1 Obdachlose erhielt Unterkunft und Verpflegung im Polizeigefängnis.

Verkauf- und Spielbuden auf Bethlehem. Die Erlaubnis zu den Lustbarkeiten und für die Verkaufsbuden sowie für die Schenkwirtschaften auf Bethlehem gelegentlich des Schützenfestes ist bis spätestens Freitag nachmittag im Rathaus Zimmer Nr. 20 einzubringen. Es ist um so notwendiger, die Erlaubnis frühzeitig einzubringen, da durch die nicht unbedeutende Stempelsteuererhöhung gegen früher Beiläufigkeiten entstehen werden. Sonnabend nachmittag ist das Bureau für die Erlaubniserteilungen nicht mehr geöffnet.

Änderungen des Stempelsteuergesetzes. Die Beteiligten (Gast- und Schankwirte, Schausteller, Jagdpächter pp.) werden darauf aufmerksam gemacht, daß aus Anlaß der Novelle vom 26. 6. 09 zum Stempelsteuergesetz vom 31. 7. 05, welche mit dem 1. d. M. in Kraft getreten ist, an Stempelabgabe u. c. zu zahlen sind:

a) Für den Jahresjagdschein 750 Mk., für den Tagesjagdschein 150 Mk.

b) Für Lustbarkeiten, Genehmigung der Ortspolizeibehörden:

1. Zum Betriebe eines Zirkus, Karussells und Kinematographen 10 Mk. (150 Mk.)

2. Zur Veranstaltung von Musikaufführungen, Singspielen, Gefangen, Vorträgen, theatralischen Vorstellungen und sonstigen Lustbarkeiten aller Art (Tanz) 5 Mk. (150 Mk.)

c) Für Bälle (Balkonten) zu Reiten 3 Mk. (150 Mk.)

d) Für Genehmigungen der Verlängerung der Polizeistunde für einzelne Wirtschaften pp. 25 Mk. (100 Mk.)

Für Beschläge auf die Dauer von weniger als eine Woche 150 Mk.

Verammlungen.

Bielefeld. Holzarbeiterverammlungen für die in den Nähmaschinenfabriken beschäftigten Holzarbeiter finden Mittwoch, abends 6 Uhr, wie folgt statt:

für den Betrieb von Sengsternberg in „Stadt Bielefeld“;

für den Betrieb von Dürkopp bei Stadthagen;

für den Betrieb von Baer u. Nempke bei Jamlamp;

für den Betrieb von Koch u. Co. bei Lange.

Tagesordnung in allen Verammlungen: Der schmachtvolle Verrat der Arbeiterinteressen. Referenten sind: Hoffmann, Mademann, Schred und Wader.

Mittwoch, 21. Juli.

Bielefeld. Soz. Verein, 16. Bezirk. Abends 8½ Uhr bei Aders.

Brackwe. Soz. Verein. Gemeinsame Sitzung des Vorstandes, der Bezirksführer und Bezirkskassierer abends 8½ Uhr bei Schröder.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund.

Gau östliches Westfalen und Lipplige Fürstentümer.

Unser erstes Konzert findet am 15. August in Herford statt. Die Plakate und Druckfachen sind bereits verhandelt. Die

Bereinsvorsände wollen bis 20. Juni an Herrn Vogt, Herford, Johannisstr. 37, die Zahl der Sängern, welche Mitgesang leisten, angeben, und dabei mitteilen, ob der Verein mit oder ohne Fahne erscheint. Der Gauvorsand.

Tabakarbeiter-Genossenschaften im Jahre 1908.

Während der Durchschnittslohn der Tabakarbeiter 1908 614 Mk. pro Person betrug, ist es von Interesse, auch die bei den bestehenden Tabakarbeiter-Genossenschaften verdienten Löhne kennen zu lernen.

Es wurden beschäftigt:

Tabakarbeiter-Genossenschaft Hamburg 175 männl., 6 weibl., zusammen 239 Arbeiter; Filiale Frankenberg 81 männl., 97 weibl., zusammen 178 Arbeiter; Filiale Hohenheim 68 männl., 103 weibl., zusammen 171 Arbeiter. Zigarrenarbeiter-Genossenschaft Gießen 9 männl., 11 weibl., zusammen 20 Arbeiter. Tabakarbeiter-Genossenschaft Burgsteinfurt 11 männl., zusammen 11 Arbeiter. Kantabakarbeiter-Genossenschaft Nordhagen 25 männl., 26 weibl., zusammen 51 Arbeiter. Insgesamt beschäftigten diese Genossenschaften 670 Personen.

Die Arbeitszeit beträgt in Nordhagen 8 Stunden, sonst 9 und 9½ Stunden. Die im Jahre 1908 erzielten Durchschnittslöhne (300 Arbeitstage gerechnet) betragen:

	für männl. Arbeiter	für weibl. Arbeiter	für alle Arbeiter
Tabakarb.-Gen. Hamburg	1371	735	1215
Filiale Frankenberg	1008	630	837
Filiale Hohenheim	1095	810	945
Zigarrenarb.-Gen. Gießen	927	663	780
Tabakarb.-Gen. Burgsteinfurt	912	—	912
Kantabakar.-Gen. Nordhagen	1410	474	933

Nach den geleisteten Arbeitstagen betrug der Durchschnittslohn der männlichen Arbeiter pro Tag in diesen sechs Genossenschaften 4,03 Mk., der der weiblichen 2,39 Mk. Der jährliche Durchschnittslohn aller beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in den sechs Betrieben ist 999 Mk., eine Steigerung gegen 1907 um 63 Mk.

Die Tabakarbeiter-Genossenschaft Burgsteinfurt hat seit Februar 1909 bedeutende Lohnerhöhungen vorgenommen, ebenso zahlen die Nordhäger und Burgsteinfurter Genossenschaften die vollen Invaliden- und Krankentafelbeiträge.

4 Millionen Mark

für durch die Steuererhöhung arbeitslos werdende Tabakarbeiter haben Giesberts und seine „Christlichen“ Freunde für eine genügende Unterstützung auf die Dauer von 2 Jahren gehalten. Daß diese „Christlichen“ Gewerkschaftler mit diesen vier Millionen Mark die Tabakarbeiter verpflegen wollen, ersieht man daraus, daß die Lohnsumme im Jahre 1907 an 165 337 verschickte Personen à 900 Arbeitstage 99 452 509 Mk. betrug, das sind im Jahresdurchschnitt und pro Person 602 Mk. oder pro Tag 2,01 Mk. 4 Millionen Mark auf 2 Jahre sind gleich einer Entschädigung von 2 Prozent, während selbst die Regierung mit einem Konjunkturtag von mindestens 12 Prozent, d. h. einer Entschädigung von 20 000 Tabakarbeitern, rechnet. Rechnet man die 30 000 Heimarbeiter in der Tabakindustrie, welche bei dieser Berechnung nicht in Frage kommen, hinzu, so ersieht man so recht, was diese „Christlichen“ Gewerkschaftler für nette Arbeiterfreunde sind.

Die „Christlichen“ Tabakarbeiter befinden sich in großer Verregung. Als im vorigen Winter die „Christliche“ Deputation nach Berlin war, da hat man den christlichen Kollegen allerlei vorgegaukelt von den erzielten Erfolgen. Jetzt ergibt sich, daß nicht einmal die Gewerkschaftslogen zugänglich gewesen sind. Jetzt weiß man auch, warum die christlichen Tabakarbeiter nicht an dem Kongress teilnehmen durften. Das Zentrum hatte abgesehen.

Christliche Beschwichtigungsversuche.

Auf dem kürzlich in Köln tagenden Christlichen Gewerkschaftsfongress — über den wir an anderer Stelle berichtet — hielt es der Generalsekretär Stegerwald-Nöln in seinem Vortrage „10 Jahre christlicher Gewerkschaftsarbeit“ für notwendig, der zu erwartenden Kritik der anwesenden Delegierten über das Verhalten der christlichen Reichstagsabgeordneten bei der Abstimmung über die neuen Steuern vorzubeugen. Er meinte:

„Ich verkenne nicht, daß die Durchsetzung der Arbeiterforderungen in der Gesellschaft eine recht beschwerliche Arbeit ist. Die Aufwärtsbewegung eines Standes wird sich nicht langsam vollziehen. Die Arbeiter werden bei den bürgerlichen Parteien manches in den Kauf nehmen müssen, was ihrem Klassenempfinden widerstrebt. Die Arbeiter, die aus unseren Reihen in den Reichstag kamen, aber nicht als Gewerkschaftsmitglieder dort hinein gewählt worden sind, haben in den letzten Wochen manche schweren seelischen Kämpfe durchdringen müssen. Ihr Verhalten läßt sich nicht mit der Phrase „Arbeiterverrat“ abtun. Es gibt eben im öffentlichen Leben Situationen, in denen ein Ausgleich zwischen Idealem und Materiellem gesucht werden muß. Mit Schlagworten ist das nicht aus der Welt zu schaffen. Die harte Wirklichkeit ist oft härter als die Ideale.“

Daß die Herren Christen Angst genug haben vor der Rechenschaft, die sie über ihr Verhalten im Reichstag abzulegen haben werden, beweist dieses blöde Entschuldigungsgeplänkel des Herrn Stegerwald. Man wird ja nun abwarten müssen, ob das Maß christlicher Geduld bei den christlichen Arbeitern zum Überlaufen kommt oder ob sie sich weiter von ihren Führern nachführen lassen werden. Die Haltung des christlichen Gewerkschaftsfongresses wird hierfür nicht maßgebend sein.

* **Seepen, 19. Juli.** Die Gemeindevorstellung und der Schulvorstand von Seepen haben in ihrer Sitzung am 17. d. M. die Anstellung eines Rektors an der Schule zu Seepen beschlossen. Der Gemeinde ist bereits ein Zuschuß vom Herrn Minister von 1200 Mk. für die Anstellung bewilligt.

* **Ennigloh, 19. Juli.** Gemeinderatsitzung vom 17. Juli. Punkt 1: Erweiterung des Schulsystems in Holfen, Beschulung der Kinder des Ablerbruchs ev. Umgemeindung des Ennigloher Ablerbruchs nach der Gemeinde Holfen. Vordr. v. Borries, der an der heutigen Sitzung teilnahm, erklärte, es sei zweckmäßiger, den Ennigloher Ablerbruch der Gemeinde Holfen einzugemeinden, da Holfen außer lastenfreier Uebergabe als einmalige Abfindung 25 000 Mark fordere. Hieran wurde einstimmig beschlossen, der Gemeinde Holfen als einmalige Abfindung 17 000 Mark zu zahlen, den Rest von 8000 Mark stellt der Herr Landrat zur Verfügung. Die Eingemeindung des Ennigloher Ablerbruchs in die Gemeinde Holfen erfolgt am 1. Oktober.

* **Lippstadt, 19. Juli.** Maßregelung von Glasarbeitern. Die Firma Brauers-Glashütte hat sämtlichen Mitgliedern des Vorstandes der hiesigen Filiale des Glasarbeiterverbandes gekündigt. Da dies Vorgehen als Maßregelung angesehen wird, bitten wir, den Bezug nach Lippstadt fernzuhalten. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Vermischtes.

Beim Schützenfest getötet. Osnabrück, 19. Juli. Im benachbarten Böhme wurde der Sohn eines Hoteliers beim Schützenfest durch ein abprallendes Geschöß getötet.

Ein russischer Spion. Stettin, 19. Juli. Die Polizei verhaftete den Russen Fleischmann, welcher dem Genfer Schwurgericht wegen Diebstahls zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Russische Revolutionäre behaupten, daß Fleischmann ein früherer Spion im Dienste Saratins gewesen ist.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für den Inseratenteil: Wilhelm Wötter, beide in Bielefeld.

Beilage zur Volkswacht.

Nr. 166.

Bielefeld, Dienstag, 20. Juli 1909.

20. Jahrg.

VII. Kongress der christlichen Gewerkschaften.

o. Köln, 19. Juli.

Die heutigen Verhandlungen begannen mit der Begrüßung der, wie der Vorsitzende Schiffer sich ausdrückte, „lieben Freunde und hohen Gäste“: des Geheimrats Wiebels als Vertreter des Reichsamts des Innern, des Geheimrats Trilling als Vertreter der Kölner Regierung, des Abgeordneten Dr. Buchs als Vertreter der Stadt Köln; ferner waren anwesend Vizentral-Weber im Auftrage der evangelischen Arbeitervereine, Dr. Brauns im Auftrage des katholischen Volksvereins. Die christlichen Gewerkschaften in Österreich, der Schweiz, Belgien und Holland haben Vertreter geschickt, Prof. Garmad im Namen des Evangelisch-sozialen Kongresses, Prof. Mahling-Berlin u. a. haben Begrüßungsschreiben geschickt. Die Erwiderungsansprachen der Gäste hielten sich in den üblichen Geleisen. Nachdem sodann die Abgeordneten Schiffer und Wehrens zu Vorstehenden des Kongresses gewählt worden waren, gab Generalsekretär Stegerwald den Bericht des Gesamtverbandes. Die christlichen Gewerkschaften, die Ende des vorigen Jahres 260 767 Mitglieder zählten, sind dadurch auf den Stand des Jahres 1908 zurückgeworfen worden; ihr Rückgang gegen das Vorjahr beträgt rund 21 000 Mitglieder. Von den Ausführungen, die Stegerwald zu seinem Bericht machte, ist besonders interessant, was er über das Verhältnis der christlichen Arbeiterabgeordneten zur christlichen Gewerkschaftsbewegung sagte. Diese Frage habe eine Rolle gespielt beim Reichstagswahlkampf und jetzt wieder bei den jüngsten politischen Vorgängen. Den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften bleibe, bei der vermeintlichen Gestaltung unseres Parteiwesens, keine andere Wahl, als sich außerhalb der Organisation politisch zu betätigen und die bürgerlichen Parteien im Sinne der Arbeiterforderungen zu beeinflussen. Diese Beeinflussungsmöglichkeit habe nun viele Schwierigkeiten, einmal durch die Verhältnisse in jeder einzelnen Fraktion, wo den Arbeiterinteressen andere Interessen entgegenstünden; dann durch die jeweiligen Mehrheitsbildungen, die zur Durchsetzung gesetzgeberischer Maßnahmen in Betracht kämen. Da entstehe für den christlichen Arbeiterabgeordneten vielfach die Frage, ob sein Klasseninteresse oder ein höheres Interesse den Ausschlag geben solle und er komme dadurch oft in eine unangenehme Lage. Ich würde mich — so sagt der Redner — nicht für 50 000 Mark Diäten in den Reichstag wählen lassen und ich betenne offen, daß ich durch die Vorgänge in den letzten Wochen geradezu einen Abscheu vor der Politik bekommen habe. — Die christlichen Arbeiter könnten nicht wie die Sozialdemokraten sich in eine Klassenbewegung einlassen, und deshalb entstehe für ihre parlamentarischen Vertreter eine ganze Reihe kritischer Situationen. Sie könnten nicht für ihre Abgeordneten das Recht beanspruchen, daß jeder bei Abstimmungen seinen eigenen Weg gehe, denn darauf werde sich keine Partei einlassen, wohl aber muß eine Fraktion gefast sein, daß ihre Mitglieder aus Arbeiterkreisen in solchen Fragen, wo das Arbeiterinteresse hervorragt, in Frage komme, abweichend von der Mehrheit der Fraktion stimmen. Deshalb brauche dann, wenn ein christlicher Arbeiterabgeordneter mal anders stimme, als das Arbeiterinteresse zu fordern scheint, immer noch nicht gleich der Vorwurf erhoben zu werden, daß der Betreffende kein proletarisches Bewußtsein aufgebracht habe. Wenn die christlichen Arbeiter in manchen Fragen materieller Art mit der Haltung der bürgerlichen Parteien nicht einverstanden seien, so seien ihre Ideale doch fest und tief genug, daß sie den Zusammenhang mit jenen nicht gleich aufgeben und sich zu den Sozialdemokraten zu schlagen brauchten. Der Redner weist zum Schluß darauf hin, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung sich bisher reichlich genug mit Auseinandersetzungen grundsätzlicher Art beschäftigt habe. Der gegenwärtige Kongress möge es daran genug sein lassen und sich der Erörterung praktischer Fragen zuwenden.

Der Wink Stegerwalds wurde getreulich befolgt; keiner der Redner, die sich an der nun folgenden Aussprache beteiligten, berührte das heikle Thema, daß der Generalsekretär selber so ausgiebig behandelt hatte. Die Ausführungen der Redner betrafen Verhältnisse ihrer besonderen Organisationen und Gegenstände. Die weiblichen Redner, von denen mehrere auftraten, klagten über mangelnde Berücksichtigung der Interessen der weiblichen Arbeiter, namentlich der Dienstboten und der Heim-

arbeiterinnen. Von verschiedener Seite wurde gewünscht, daß die Dienstbotenorganisation auf interkonfessioneller gewerkschaftlicher Grundlage eingerichtet werden möge, die jegliche Art der konfessionellen Organisation in Verbindung mit bürgerlichen Frauenvereinen sei verfehlt. Eine etwas schärfere Tonart gegenüber den Regierungen und den bürgerlichen Parteien schlug der Führer der christlichen Metallarbeiter, Wieber, an. Er klagte jene an, daß sie es unterlassen hätten, die seit lange erhobenen Forderungen der christlichen Arbeiterbewegung namentlich in bezug auf die Sicherung des Koalitionsrechtes und den Schutz der Arbeiter in der Schwermetallindustrie zu erfüllen. Die christlichen Arbeiter hätten Regierung und Parteien gegenüber manche Belastungsprobe bestanden, er warne davor, diese Belastungsprobe zu sehr auszubehnen.

Im übrigen unterließ es nicht ein Redner, seine Rede mit Angriffen auf die Sozialdemokratie zu spicken. Das gehört nun einmal zur christlichen Agitation im großen wie im kleinen, und jeder Redner weiß, daß er damit, mögen seine sonstigen Ausführungen auch noch so ledern sein, immer noch Erfolg und Beifall erzielt. Im besonderen Maße tat sich hierin der Redakteur „Im buß vom Bergknappen“ hervor. „Blödsinnig dumme“ nannte er die Beschlüsse des internationalen Bergarbeiterkongresses und er rief seinen Gefinnungsgenossen, alles was von sozialdemokratischer Seite geschrieben werde, von vornherein für erledigt zu halten. In München beschuldigte die Genossen in Bayern, daß sie sich geselliglich als die weniger gefährlichen anpielen, um sich beim Unternehmertum, mit dem sie durch die gemeinsame „Weltanschauung“ verbunden seien, lieb und zu machen. In Stuttgart wirft den Sozialdemokraten parteipolitische Ausnutzung des Stuttgarter Arbeitsnachweises vor usw. Selbstverständlich fehlten auch nicht die beliebten und bekannten Nöthen von der Religionsfeindlichkeit der freien Gewerkschaften.

Konferenz der Vertretungen der Gewerkschaftshäuser.

Diese Konferenz war von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands nach Berlin zum 29. und 30. Juni einberufen worden, um eine Reihe wichtiger Fragen für die Gewerkschaftshäuser zur Erörterung zu bringen. Vertreten waren 40 Städte, in denen teils Gewerkschaftshäuser bereits bestehen, teils die Errichtung solcher geplant ist, nämlich die Drie Alfeld, Altenburg, Apenrade, Berlin, Bonn, Brandenburg, Bremen, Breslau, Charlottenburg, Coburg, Coswig, Darmstadt, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Hensburg, Frankfurt a. M., Gießen, Hagen, Halle, Hamburg, Hannover, Jena, Kiel, Köln, Leipzig, Piesport, Limbach, Lübeck, Magdeburg, Meißen, Nürnberg, Osterbach, Oldenburg, Pirna, Plauen, Sagan, Seitzin, Stuttgart und Wiesbaden.

Anwesend waren 21 Vertreter von Gewerkschaftsvertretern, 32 von Gewerkschaftshausverwaltungen, ferner zwei Vertreter des Gastwirtschaffens und ein Vertreter des Transportarbeiterverbandes, 9 Vertreter der Generalkommission und 1 Vertreter des Parteivorstandes.

An erster Stelle wurden die Erfahrungen über die Rechtsformen der Gewerkschaftshäuser ausgetauscht. Die Debatte ergab, daß für die Wahl von Rechtsformen (Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Offene Handelsgesellschaft, Genossenschaft usw.) in den einzelnen Orten in der Regel örtliche Verhältnisse maßgebend waren. Indes lehrten die mit diesen Rechtsformen gemachten Erfahrungen, daß im allgemeinen die Gesellschaft m. b. H. dort, wo nicht besondere örtliche Verhältnisse eine andere Rechtsform dringend notwendig machen, als die beste Rechtsform zu erachten ist.

Die nächsten Beratungen befaßten sich mit der Verwaltung der Gewerkschaftshäuser. In einem der einleitenden Referate wurde empfohlen, für jede Verwaltung drei Instanzen vorzulegen, eine beschließende, eine ausführende und eine überwachende Instanz. In der Diskussion wurde aber wiederholt die Notwendigkeit betont, die beschließende Instanz, d. h. den eigentlichen Verwalter oder Aufsichtsrat, zu den beschließenden Funktionen hinzuzuziehen, damit Beschlüsse vermieden würden, die in der Praxis unumkehrbar seien oder zu geschäftlichen Schädigungen führen. Die eigene Regie sei für die Gewer-

kschaftshäuser das Selbstverständliche. Vor allem sei die wenig günstige Lage mancher Gewerkschaftshäuser auf ungenügende Vorbereitungen zurückzuführen. Den Genossen am Ort fehle es an den nötigen Mitteln zu solchen Unternehmungen oder sie lösten sich auf zu große Projekte ein. Es werden dann von den Mitgliedern der Gewerkschaften dauernd hohe Beiträge verlangt, wodurch Mithimmung in deren Kreise getragen werde. Vorüberlegte Gründungen sei daher auf das Entschiedenste zu warnen. Bei der Unterhaltung müsse darauf Rücksicht genommen werden, daß der zurückgehende Konsum an geistigen Getränken seinen Charakter als Einnahmequelle mehr und mehr verliere. Es müsse dabei ein Ersatz erstrebt werden durch Erhebung von Saalmiere bei Versammlungen und Festlichkeiten. Lobend wurde in der Diskussion anerkannt, daß der Zentralverband deutscher Maurer bei Abhaltung seines Verbandsversandes in Köln (1907) 50 Mk. Miete für jeden Tag gezahlt habe. Leider handelte noch erst wenige Gewerkschaften in gleicher Weise. Gewerkschaftliche Zuschüsse seien besonders für die Schaffung mültergiltiger Herbergsverhältnisse nicht zu entbehren. Von mehreren Seiten wurde lebhaft das Verlangen geäußert, die Gewerkschaften möchten ihre Gelder, anstatt sie in beträchtlichen Konjunktions, Stadtanleihen oder Industriefapieren anzulegen, den Arbeiterunternehmungen zuführen, von denen besonders die Gewerkschaftshäuser und Zentralherbergen sehr wohl der Förderung wert seien. Hinsichtlich der Propaganda für die Benutzung der Gewerkschaftshäuser empfahl sich ein reges Eintreten der örtlichen Arbeiterpresse, sowie die regelmäßige Veröffentlichung der Abwesen der Gewerkschaftshäuser in den Parteiblättern und Gewerkschaftsblättern.

Die sehr eingehenden Debatten führten zu folgenden Beschlüssen:

1. Die Konferenz warnt dringend vor der unüberlegten Errichtung von Gewerkschaftshäusern. Die Errichtung eines eigenen Hauses erscheint nur da berechtigt, wo es nicht möglich ist, auf andere Weise Versammlungsorte zu beschaffen und die Herbergsfrage zu lösen.

2. Die Beschaffung der Mittel ist Aufgabe der örtlichen Organisationen. Es soll jedoch die Errichtung einer Volkshaus in erster Erwägung gezogen werden. Die Konferenz erwartet, daß die Generalkommission mit dem Parteivorstand und den Vertretern der Gewerkschaften und Krankenkassen zu einer solchen Einrichtung gemeinsame Stellung nimmt; das Ergebnis der Beratungen den örtlichen Gewerkschaftsvertretern zur Kenntnis gibt.

3. Es ist anzustreben, daß für die Benutzung der Säle eine bare Miete gezahlt wird und daß die indirekte Entschädigung durch den Verzehr von Getränken fortfällt. Wo die Erhebung von Mieten nicht möglich ist, da ist ein direkter Beitrag der Gewerkschaften und der Partei zur Erhaltung des Gewerkschaftshauses zu verlangen.

4. Um die Möglichkeit zu haben, die Herbergsverhältnisse in mültergiltiger Weise zu lösen, bedürfen die Gewerkschaftshäuser barer Zuschüsse seitens der Gewerkschaften am Ort.

5. Von der Partei- und Gewerkschaftspresse wird erwartet, daß sie in geeigneter Weise für die Unterstützung der bestehenden Gewerkschaftshäuser eintritt.

Ferner erbat die Konferenz die Generalkommission, auf die Tagesordnung des nächsten Gewerkschaftskongresses den Punkt aufzustellen: „Schaffung eines Zentralfonds für die Errichtung von Gewerkschafts- und Versammlungshäusern.“ Im weiteren befaßte sich die Konferenz mit dem Arbeitsverhältnis der Angestellten. Wenn in diesen Erörterungen auch manche unliebbare Differenzen zwischen den Gewerkschaftshausverwaltungen und den Angestellten, bzw. deren gewerkschaftlichen Instanzen zur Sprache kamen, so wurde doch allseitig die Pflicht der Verwaltungen betont, für das Vorhandensein mültergiltiger Arbeitsverhältnisse zu sorgen. Als erstrebenswert und schon heute durchführbar wurde mehrfach der Abschluß von Reichstagsverträgen mit den Verbänden der Gastwirtschaffens- und Transportarbeiter bezeichnet. Ihren Grundrissen gab die Konferenz in folgender Resolution Ausdruck:

„Bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Angestellten der Gewerkschaftshäuser vertritt die Konferenz die Auffassung, daß es selbstverständlich ist, in dieser Beziehung den Grundrissen der Gewerkschaftsbewegung allgemein Rechnung zu tragen.“

Bei Festlegung der Lohnverhältnisse hält die Konferenz es für notwendig, daß von den beteiligten Organisationen die Lohnverhältnisse in bürgerlichen Betrieben in Berücksichtigung gezogen

trunkenen Bewohner von ihren harten Lagern wild und jäh emporstrebend. „Feuer!“

Noch vermochte freilich niemand das wirklich Entsetzliche des Aus in solcher Stadt zu fassen; noch fehlte ihnen der Maßstab für die Gewalt, mit der sich das einmal losgelassene Element die Bahn im Markt und Leben der Bevölkerung freifen würde. Aber in unbestimmten Bildern von Gefahr standen allen die sonnengedörrten Bretterbuden, die geteerten Pulte, die luftigen Kattunwände vor Augen, und mit ihnen die Ahnung des Unheils, das über sie hereinbrechen sollte.

„Feuer!“ — Wie schallte der Ruf durch die Festtrahnen von San Francisco. „Feuer!“ der Schrei fand sein Echo in jedem Schuppen, in jedem Kattunverdrill der weiten Plätze, und blühschnell stand fast die ganze Bevölkerung, die fast sämtlich angekleidet auf ihrem harten Lager gelegen, auf der offenen Straße und schaute sich verwundert, stannend um.

Kein Feuerzeichen am Himmel zeigt noch die Richtung der Gefahr, keine rollende Spritze, kein Glodenklag, und Todesstille herrscht unter den Tausenden, die verstört bald rechts, bald links schauen, Bestätigung des Gehörten zu erwarten.

„Wo brennt es denn?“ flüstert jetzt leise einer dem andern zu, und da — mit einem Schlag, als ob ein eingeklemmter Krater plötzlich seine Flammenäule dem Himmel selber trotzig entgegenstreckte, so brach die rote Lohesprasseln sich Luft und Bahn.

„Feuer!“ gellte der Angstschrei fast aus jeder Kehle, denn die ganze Stadt schien in dem einen Moment in Flammen zu stehen. „Feuer!“ Und fort flüchteten sie, nur in dem einen unbestimmten Gefühl, zu retten — was? — wo? wußten sie selber nicht.

„Nach der Plaza! nach der Plaza!“ schallte hier und da ein einzelner Ruf, und nach der Plaza wogte die Menschenmasse, dem Glutmeer entgegen. Und jetzt schon fast kamen sie zu spät, den freien Platz noch zu erreichen, denn jetzt bereits, wo sie die Tauer des Feuers noch nach Sekunden zählen konnten, wälzte die üppig genährte Flamme schon über die dort hinein mündenden Straßen hinüber und tanzte lustig über zischende Leer- und Bretterflächen hin. Ketten! Ja, wer konnte retten, wo eine Welt im Feuer stand? In dem Augenblicke, wo die Glut ein Zeit berührte, hatte sie es auch von oben bis unten in ihre lodenden Arme geschlossen, brennende Funken zischender Felsen auf die darunter weg flüchtenden niederdrückenden. Lustig blies dabei der Wind mit vollen Waden in die jüngst den Flammen hinein und wirbelte lodernde Lappen hoch empor und weit hinaus, in ihrer verderblichen Nacht andere, noch fern gelegene Stellen lassend. Unter den sprühenden, flackernden Feuergeraden aber flohen entsetzte Menschenhorden, hier ihre in Dast aufgegriffene Habe bergend, dort nur mit dem nackten Leben dem Feuer entgangen, und ihnen entgegen prekte die Schaar der Neugierigen, die das furchtbare Schauspiel noch immer nicht lassen, noch nicht begreifen konnten, um was es sich hier handelte.

Gold.

Roman aus den Goldfeldern Kaliforniens von Friedrich Gerstäcker.

16 Endlich war alles still. Draußen auf den Straßen wurde noch hier und da ein Schritt gehört, einmal fiel auch in einem andern Teil der Stadt ein Schuß, aber niemand kümmerte sich darum, was gingen sie andere Leute an. Mehr interessiert waren die Schläfer jedoch bei einem der Mitgäste, der auf das entsetzliche schandete. Einzelne halbunterdrückte Flüche machten wohl hier und da dem Herzen eines Nachbarn Luft, aber der Wutbürger hörte nicht auf, ja das Schnarchen wurde immer ärger, und eine Stimme rief endlich:

„So geht doch einmal dem verwünschten Vorläufer einen Rippenstoß. Donnerwetter, hat der Kerl eine Lunge, und rüber und rüber! Nicht einmal beim Atemaussetzen kann man sich auszuheben, denn seine Säge ist auf beiden Seiten scharf.“

Die Stimme des Sprechenden kam aus der oberen Etage des Eldorado-Hotels.

„Er liegt ja gar nicht bei uns“, erwiderte da ein anderer aus dem Barterrelot desselben Hauses, „das ist nebenan im Kalifornien-Hotel.“

„Der Zutrit ist ist!“ sagte da vom Kalifornien-Hotel aus ein anderer, „hallo, Herr Ohlers, schlafen Sie da oben?“

„Wenn Sie das schlafen nennen Herr Ohlers, allerdings!“ erwiderte der Angeredete. „Ich glaube jedoch, Sie wären schon über alle Berge und fänden bereits achtzehn bis zwanzig Fuß tief unter der Erde in irgend einem gemächlichen Goldschacht bei einer Blendlaterne. Aber dürfte ich Sie vielleicht einmal bitten, dem Herrn Zutrit in die Rippen zu stoßen, und zwar nur seiner selbst wegen, denn er könnte sich wirklich Schaden tun.“

„Dah er uns einen Kriminalprozeß an den Hals wirft, he?“ näselte da Herr Vinderhof aus einer anderen Ecke heraus.

„Ah, Herr Vinderhof aus Hamburg“, rief Ohlers wieder zurück, „freue mich ungemein Ihre werten Nachbarschaft. Alle Wetter, da fängt das Kind auch an zu schreien. Das hat der Zutrit aus dem Gewissen.“

„Bitte, meine Herren, seien Sie ruhig“, bat da des Affektors Möhlerts Stimme in seinen freudlichsten Tönen. „Die arme Frau Siebert kann keinesfalls schlafen und der Kleine ist ebenfalls wieder munter geworden.“

„Bitte, Herr Affessor, geben Sie doch mit dem Wurm ein wenig auf und ab. Er wird sich gleich wieder beruhigen“, rief da eine andere Stimme, die aus dem Hause rechts vom Kalifornien-Hotel zu kommen schien.

„Ist das nicht der Herr Lamberg?“ frag Ohlers.

„Ja, bienen, Herr Ohlers“, antwortete dieser, „Pacific Street Nr. 17, Barriere. Sie haben Nr. 19, wenn ich nicht irre.“

„Habe mir die Hausnummer noch nicht angesehen“, erwiderte Ohlers.

„Bitte um Verzeihung; noch ein Haus weiter, aber gerade daneben. Ich bin in einer Privatfamilie untergekommen, bei einem verarmten Guttmacher. Ubrigens möchte auch ich den Antrag an das Kalifornien-Hotel unterbreiten, den Zutrit zum Schweigen zu bringen. Es ist gegen alles Völlerrecht.“

„Wenn der Herr Affessor nur das Kind beruhigen wollte“, näselte da Vinderhof wieder aus dem Barterrelot des Eldorado-Hotels, „wozu ist er denn da?“

„Herr Vinderhof, ich verbitte mir alle Unzulänglichkeiten“, jagte über der Affessor. Ohlers unterbrach ihn jedoch und rief in seine Barterwohnung hinunter:

„Ach, wenn Sie das alles so genau wissen, mein bester Herr Vinderhof, dann können Sie uns auch vielleicht Auskunft geben, wozu Sie eigentlich da sind. Ich habe mit darüber schon die ganze sechsmonatige Reise den Kopf zerbrochen.“

Aus allen drei Säulern erscholl zugleich ein laut schallendes Gelächter und erstigte die Antwort des Interpellierten. Andere Schläfer aber, die von dem Lärm rechts und links geweckt wurden, protestierten jetzt gegen einen solchen Störschrei in der Nacht und verlangten Ruhe. Besonders eifrig war der ebenfalls erwachte Zutrit unter diesen, mit seinem: „Donnerwetter, Störschrei machen, flügel, andere Leute schlafen lassen“ dazwischen vollerte. Die meisten wußten aber, daß er gerade der Schnarcher gewesen war, aber den die eigentliche Ruhe enthielten, und alles fiel jetzt über ihn her und lachte und lachte und tobte, bis sogar von über die Straße herüber die Nachbarn Ruhe verlangten. Endlich legte sich der Lärm etwas, die Leute wurden selber müde. Nur das Kind schrie noch, das der Affessor wirklich in der Stube herumtragen mußte. Auch das schlief endlich ein; der Zutrit lag wahrheitsgemäß auf der Seite, denn er schnarchte ebenfalls nicht mehr, und so still wurde es bald in der Stadt, daß man drüben von den Hüftenbergen herüber deutlich konnte die Canotas und großen braunen Wälder heulen hören.

Es war Mitternacht, jetzt stieg einer der alten braunen Burden einen langgezogenen, kläglich tönenden Schrei aus, und nun fielen die kleinen grauen Präriebüsche oder Canotas in wildem Geheul mit ein, das bald von da, bald von dort beantwortet wurde und gar wild und wunderbar zu dem monotonen und dumpfen Kläglich und Braulen der fernen Meeresbraudung klang. Auch das Geheul der Wälder, die sich nach den Hüftenbergen hinüber gezogen hatten, verstummte endlich. Der Mond war schon lange untergegangen und tiefe, dunkle Nacht lag auf der stillen, schlummernden Stadt.

VI.

Der erste Brand.

„Feuer! Feuer!“ Wie ein Schrei scholl der Schreckensruf durch die stillen und öden Straßen der Stadt, die schlaf-

werden und auf die Existenzfähigkeit des eigenen Geschäfts Rücksicht genommen wird.

Als zweckmäßigste Regelung erachtet die Konferenz den Abschluß von Tarifen durch die Zentralverbände auf breiterer Grundlage. Andererseits erwartet die Konferenz von den Leitern der Organisationen, daß sie auf ihre Mitglieder im Sinne reger Pflichterfüllung und Erziehung des geselligen Zusammenlebens einwirken.

Ferner fand der Antrag Annahme, den Lieferanten der Gewerkschaftshäuser aufzugeben, die von ihnen benötigten Arbeitskräfte den bestehenden Arbeitsnachweisen der freien Gewerkschaften zu entnehmen.

An letzter Stelle wurde den Gewerkschaftshausverwaltungen die Einführung einer möglichst einfachen, aber überprüflichen und leicht zu kontrollierenden Buchführung empfohlen. Eine zu schaffende Zentralstelle für Gewerkschaftshäuser könne ein geeignetes Muster dafür aufstellen und den Gewerkschaftshäusern zugänglich machen. Auch die Schaffung einer gemeinsamen Revisionsinstanz sei in Erwägung zu ziehen. Als weitere Aufgaben einer solchen Zentralstelle wird die Teilnahme an örtlichen Konferenzen in Sachen bestehender oder künftiger Gewerkschaftshäuser, die Vorarbeiten für künftige gemeinsame Konferenzen, die Erteilung von Auskünften und die Anbahnung von Tarifen für die Angestellten bezeichnet. Auch die Herausgabe eines geeigneten Handbuchs für Gewerkschaftshausverwaltungen wird als wünschenswert bezeichnet. Allgemein ist ferner der Wunsch, daß die Generalkommission die Funktionen einer solchen Zentralstelle übernehmen möge. Eine bindende Auflage der letzteren konnte noch nicht gegeben werden; doch soll dieser Wunsch in Erwägung gegeben werden. Nur müsse sich die Generalkommission im Zustimmungsfalle vorbehalten, selbst über die Grenzen der bezüglichen Aufgaben zu entscheiden. Weiterhin habe die Generalkommission durch Einberufung dieser Konferenz und durch den Auftrag, Erhebungen über die Rentabilität und die finanzielle Fundierung der Gewerkschaftshäuser zu pflegen, schon teilweise die Aufgaben einer Zentralstelle übernommen. Zum Schluß wurde den Gewerkschaftshausverwaltungen ein gegenseitiger Austausch ihrer Jahresabrechnungen nahegelegt.

Das preussische Kultusministerium im Kampfe mit dem Turnerlied.

(Aus der „Arbeiter-Turnzeitung“.)

Ein stehendes Repertoire aller nord- und mitteldeutschen Landtage ist bekanntlich die Frage über das Viederbuch des Arbeiter-Turnerbundes: „Der freie Turner“, von den Gegnern kurz das „rote Turnerlied“ genannt. Es hat uns oft eine ungetrübte Freude bereitet, wenn wir lasen, mit welchem Aufwand patriotischer Entrüstung einige Vieder geitiert wurden, wir haben dann im Geiste, wie den patriotischen Prosapatrioten beim Anhören der grusigen Reihe die Haare zu Berge stiegen und empfanden ob der Gauchigkeit der Herrschaften eine böse Genußnahme.

Wie schlecht muß es doch um die neudeutsche Herrlichkeit stehen, wenn sie durch ein harmloses Lied, das im ledigen Liebermut den Philistern und Hinterlistern an den filigen Periklen zerrt und ihre Glatzköpfe dem Gelächter des Tages preisgibt, ins Wanken gebracht wird. Aber so sind diese Leute, ihr höchstpersönliches Interesse und das Interesse ihrer Klasse identifizieren sie immer mit dem Staatsinteresse, und den, der es wagt, ihre Erbarmlichkeit beim rechten Namen zu nennen, benutzte man als einen Staatsverbrecher.

Die liebste Zuspätschleppung aller dieser Dummkötter ist das preussische Kultusministerium, eine Behörde, die uns wie ein Ueberbleibsel aus dem dunkelsten Mittelalter anmutet. In die muffigen Räume dieser Zwingsburg der Dunkelheit darf kein frischer Lufthauch moderner Weltanschauung dringen, damit der Staub der Vergangenheit, der zwischen dreihundertjährigen Folianten aufgeweht ist, nicht etwa herausgewirbelt werde. Als ein Wunder, wenn dieses Ministerium unter Viederbuch in Licht und Mann getan hat? Keineswegs, das ist im Gegenteil völlig selbstverständlich, es kann uns höchstens interessieren, welchen Grad die Dummheit der dieser Behörde erreicht hat.

Unser Berliner Verein hat die Probe aufs Exempel gemacht, er schickte dem Ministerium je ein Exemplar seines Männer- und Jugendlieders ein und stellte eine Zensur anheim, die denn auch prompt erfolgte. Die beiden Bücher liegen uns nun mit den Beschlüssen vor und wir halten es für unsere Pflicht, das Resultat der ministeriellen Bemühungen der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Bemerkenswert ist, daß der Verein „Fichte“ auch für die Männer ein eigenes Viederbuch unterstellt, das Buch also mit dem „roten Turnerlied“ nicht identisch ist, ein wesentlicher Unterschied besteht aber zwischen beiden Büchern nicht.

Doch ausgesprochen sozialistische Lieder, von denen das Buch der Männer die bekannteste enthält, vor den Augen des gerechten Jüngers keine Gnade gefunden haben, braucht nicht besonders erwähnt zu werden, das ist selbstverständlich, diese sind denn auch glatt verworfen worden. Aus den übrigen Viedern sind nur besondere Stellen beanstandet worden; wir wollen sie der Reihe nach einer Betrachtung unterziehen.

„Hilf! — Hilf!“ freilich hier und da eine einzelne Stimme über den dumpf wogenden Lärm, durch die tristernde Flamme, die in ihren mächtigen Feuerfäulen, vom Winde gepeitscht, ein Geräusch verurteilt, wie fast das Schlagen eines schweren Segels in Windstille. „Hilf!“ Ja, wer sollte ihnen Hilfe bringen? Wo war der Schwimmer, der sich in dieses Flammenmeer gewagt, wo der Salamander, der darin leben konnte? Der Schrei erkundete wieder, wie er entstanden, und durch die plötzlich anstrebende Stille gelte da der jäh Schredenruf:

„Oben in Pacific Street brennt's, unten am West fangen die Häuser Flammen! Die ganze Stadt ist verloren!“

Hui! wie stoben die Menschen da wieder auseinander. Wie schüchelte alles, was dort oder da wohnte, die eigenen Sackgassen, so räch es eben ging, in Sicherheit zu bringen. Wenn Laufende oder davonstürmende, trömten andere Tausende von den entferntesten Teilen der Stadt ebenso rasch wieder herbei, und der praktische Sinn der Amerikaner hatte bald in dieser allgemeinen Gefahr das Richtige gefunden, das Feuer nicht etwa zu löschen, denn das haben alle, war unmöglich, aber es doch in gewisse Grenzen zu bannen und nicht weiter freisen zu lassen. Glücklicherweise lag gerade jetzt der Wind etwas nach, geschah das nicht, so wäre die ganze Stadt ein Haub der Flammen geworden. So bildeten sich nun rechts und links, mit Werten und Tauen bewaffnet, einzelne Partien, dort, wohin das Feuer sich die Bahn freisen wollte, seinem Wüten durch Niederreißen der Bäume und Holzbaraden Einhalt zu tun. Während einzelne, richtungslos, wie sich im Innern derselben befand, noch völlig von dem Brande unberührt Gebäude mit ihren scharfen Werten angriffen und die Giebeln einhieben, warfen Hunderte von Armen die langen starken Äste um die ihrem Gesicht verfallenen menschlichen Wohnungen, um sie im nächsten Augenblick dem Boden gleich zu machen. Aber selbst das half nicht immer. Die flammenden Stiele der Bäume stiegen wie feurige Säulen selbst über diese hin, und die wenigen, überhaupt in San Francisco vorträglichen Spähen kamen dem eigentlichen Feuer gar nicht nahe, sondern hatten vollauf zu tun, nicht mindere Gefahr abzuhalten. Die Aufregung und Angst der Bewohner steig dadurch auf das äußerste. Jedes neu ergriffene Haus mehrte die Not, und dämpfte, wenn auch vollkommen unbestimmte Gerüchte von Brandstiftern, die selbst während des Arbeitens von Mund zu Mund liefen, vermehrten nur die Aufregung der Leute.

Die ganze Seite der Blase auf der sich die eigentlichen Spielhöhlen, mit dem hohen Parterhaus in der Mitte, befanden, stand nicht allein in hellen Flammen, sondern war schon in laum einer Viertelstunde dem Boden gleich gebrannt, und nur die runden Trümmer landten noch ihren Qualm und Funtenregen

An dem Viede: „Die Freiheit hoch in Ehren“, ist folgende Stelle beanstandet:

„Lug und Trug sei verpönt, wir wollen „frei“ zusammenstehen! Frei im Geiste, frei im Wort, laßt der Freiheit Banner wehen; daß der Schild der edlen Turnerei wieder frei von Fleck und Makel sei: steht fest und frei vereint!“

Georg Herwegh: „Bei und arbeit ruft die Welt ist ganz gestrichen worden. Von Robert Seidel bekanntem Viede: Die Erde ist zum Licht erstanden, sind die beiden letzten Strophen gestrichen.

Aus dem Viede: Es bricht sich jetzt ein Wörtchen Bahn, sind die folgenden und sämtliche anschließenden Strophen gestrichen:

2. In Kirch' und Staat, allüberall wird jetzt „Warum“ gefragt, gar vieles Alte kommt zu Fall, hell wird's, wo's nie getagt. Was unerschütterlich stand durch manches Säkulum, muß heutzutage untergehen, zernagt von dem „Warum“?

3. Viel einem Herrn der alten Zeit was zu befehlen ein, so konnte treuer Folgsamkeit er stets versichert sein; kein Widerspruch klang irgendwo und man gehorchte stumm; jetzt aber geht das nicht mehr so, heut' fragt man erst: „Warum?“

Georg Herwegh: Der letzte Krieg ist ganz zum Opfer gefallen. Ein recht drolliger Einfall war es ferner, der bekannten Turnlehrerin Martha Thurm, einer patriotisch verzückten Dame, die tagtäglich Freudenstränen über die Größe und Herrlichkeit des Vaterlandes vergießt, folgende Stelle zu streichen:

Aber über Frisch-frömm-fröhlich Strahlte noch ein d'r Stern: Frei nur wird der Turner selig, Knechtschaft bleibt ihm ewig fern. Schwingt auch Feigheit stets den Reigen, Durch die Enge jeder Zeit: Ihr sollt doch der Welt beugen, Doch ihr freie Turner seid.

Dem armen Turnfräulein ist bitter Unrecht geschehen, wenn sie von Freiheit singt, dann meint sie nur die Freiheit, die der preussische Kultusminister aus meint, revolutionäre Umwandlungen liegen ihr völlig fern. Der Kaiser mag ihr aber eine Lehre sein, daß man deutsche Turner nicht freie Turner nennen soll. „Kultusminister v. Schwarzkopf“, wie ihn die „Deutsche Turnzeitung“ vornehmend nannte, erlaubt so etwas nicht. Frei sind nur die „roten“ Turner.

Wehrlich schlimm ist es dem braven Karl Rinne ergangen, ihm sind folgende Stellen aus seinem Viede: Und hörtst du das mächtige Klinge gestrichen worden:

1. die Freiheit in sonniger Weite! Kein Deutschland, es sei denn das freie! .. Doch, doch, das freie deutsche Vaterland! ..

2. Nur vorwärts, nur vorwärts, ihr Brüder, dem Kampf wird die Palme doch sein! In die Werkstatt des Geistes herbei entsetzt sich vom Himmel der Schein. So, wie sich der Lichtstrom verbreitet! Und die Glode der Zukunft ist lauter, .. zum Frühlingstest des neuen Vaterlands! ..

Das Vied stammt zwar aus dem tollen Jahre, ist aber noch patriotischem Geiste durchflammt. Heute wirkt das Vied allerdings deklariert, ein freies deutsches Vaterland? Das ist eine absurde Phrase, die schon vor sechzig Jahren von der preussischen Reaktion vorgeschlagen worden ist, so etwas sollte in sogenannten Viedern überhaupt nicht der Nachwelt überliefert werden dürfen.

Aus dem alten Turnerliede: „Hinaus in weite Ferne“ ist die zweite Strophe gestrichen worden:

2. Man sucht sie allerorten und kommt ihr nimmer bei, so lang' sich Völker werden, wird leins von ihnen frei. Doch durch die Schöpfung wehet der Freiheit Atemzug, wenn man ihn nur versteht, des freien Geistes Flug.

In dem Reklame: „Seid willkommen, Kameraden“ hat folgende Stelle Anstoß erregt:

... was die Einheit wirken kann! Daß sich der Verein entfalte, dafür steht ein Mann für Mann! .. Tod der Knechtschaft, der Verdummung! Deutsche Turner, drauf und dran! ..

In einem weiteren Viede fand die folgende Stelle keine Gnade:

3. Der Turner buhlt niemals um Herrgung! Frei lebt er dem Turnen, frei lebt er der Kunst! Der Turner zum Sklaven nie werden kann, er fühlt sich nur glücklich als freier Mann!

Gänzlich verworfen wurde das nachstehende Weihnachtlied von Ad. Noth:

1. Wie gewaltig Rebell hatten sich der Knechtschaft düst're Schatten dicht gelegt auf jedes Land; doch im Osten wurd' es hell, und des Lichtes Strahlenquelle brach sich Bahn zum fernsten Strand.

2. Und wie aus dem Morgenlande durch des Geistes finst're Bande drang der Freiheit Sonnenbild, so wird stets in trüben Tagen die Befreiung angestunde schlagen: immer leucht das Licht zurück.

3. Laßt d'rum in des Winters Mitte, hoffnungsreich, nach guter Sitte uns des Weihnachtstages freuen, denn die Sonne, die geschwunden, mehrst des Tages lichte Stunden, und der Lenz zieht wieder ein.

4. Ja, bald naht der Frühling wieder und der Rebell sinket nieder und die Sonne lacht und spricht: Nur getrost in trüben

prühend empor. Hoch auf aber, wie eine einzige Feuerfäule, loberte das von der Sonne vollkommen ausgeblühte, aus dünnen Balken und Brettern bestehende, mit hölzernen geteerten Schindeln bedeckte Parterhaus, und die Bewohner desselben hatten in der Tat laum Zeit gehabt, von dem Augenblick an, wo der erste Feuerkehl erkundete, das nackte Leben zu retten.

Neuer! Durch das ganze Gebäude zitterte der Ruf, bis unter das Dach hinauf, und die dort Zimmer an Zimmer einquartierten Bewohner eilten, aus dem Schlaf emporgeschreckt, ättern auf die Fenster. Aber nur einen Blick warfen sie hinaus, auf die drohende Gefahr da unten, und aufstehend, was ihnen nur zunächst in die Hände kam, stürzten sie fast alle der hölzernen schmalen Treppe zu, das Feuer zu gewinnen, ehe ihnen dieser einzige Ausweg abgeschnitten würde.

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Edisons Zementhaus. Ein italienischer Journalist, der Edison besuchte, erzählt von dessen „Zementhaus“: „Das Zementhaus ist eine Neuentdeckung, der der Erfinder eine große soziale Bedeutung zuschreibt. Man baut eine Hausform aus eisernen Platten und Trägern, die leicht zusammengeheftet und leicht wieder auseinandergenommen werden können, so daß man sie von einem Ort zum anderen schaffen kann. Die Form wird dorthin gebracht, wo das Haus gebaut werden soll; wenn sie aufgestellt ist, fällt man sie durch eine Öffnung mit einer flüssigen Mischung von Sand und feinem Zement. Sobald die Mischung fest und trocken ist, wird die Form entfernt und das Haus ist in allen seinen Teilen fertig. ... Das Gerippe — eigentlich müßte man es die Kruste nennen — des Zementhauses wiegt nur wenige Tonnen und kann von 10–12 Arbeitern in wenigen Tagen aufgestellt werden; die Füllung der Form erfordert zwei bis drei Tage; der Verhärtungsprozeß dürfte eine Woche dauern; in weniger als drei Wochen ist also das Haus so weit, daß es bezogen werden kann. „Es bildet sich bereits eine Gesellschaft für die Massenherstellung meiner Zementhäuser“, sagte Edison. „Die Gesellschaft soll jedoch meine Erfindung nicht ausbeuten, denn ich will, daß mein Haus zuerst den ärmeren Bevölkerungsschichten zugute kommen soll. Ich werde bestimmen, daß der Reingewinn der Gesellschaft nicht mehr als 15 Prozent betragen darf. Ein Zementhaus von sieben Zimmern mit allem Zubehör soll nicht mehr kosten als 1500 Dollars (6000 Mk.). 600 Dollars sollen in jährlichen Raten von 10 Prozent gezahlt werden, während der Rest als Sprossente Hypothek eingetragen werden soll.“ Es versteht sich, daß diese Lösung der Wohnungsfrage eine Utopie ist so gut wie alle anderen, und daß das Kapital es schon lernen

Beiten! Festen Mut im harten Streiten! Vordrückt strebt durch Nacht zum Licht.

Zahlreiche andere Vieder sind mit einem schwarzen Kreuz versehen worden. Da anscheinend das schwarze Kreuz das Wappen des Kultusministeriums ist, so haben diese Vieder eine lobende Zensur erfahren. Zwei andere Vieder: Geißels Wer recht in Freuden wandern will und Scheffels Wohlauß, die Lust geht frisch und rein, sind mit einem blauen Zeichen versehen, was in der Ära des schwarz-blauen Blods wohl auch als Zustimmung gedeutet werden kann.

Aus den angeführten Stellen mögen unsere Leser erkennen, daß es uns nie gelingen wird, den Grad von Selbstentmannung und Unterwürfigkeit zu erreichen, um vor den Augen der Herren aus dem preussischen Kultusministerium Gnade zu finden. Diese schwindende Höhe werden wir nie erklimmen, wir sind daher ewig verdammt, im Tale der Ungnade zu wandeln und einst als Sünder zu sterben. Sei es drum! Im Vergleich mit dem preussischen Kultusministerium dürfte selbst die Hölle eine Musterstätte der Toleranz sein.

So wollen wir denn unsere Turnerlieder fröhlich weiter singen und uns den Teufel um die preussischen Dummkötter scheren; ihnen antworten wir mit dem verdünnten Herwegh: „Muß ich,“ sprach mein Begaiuß, „meiner Freiheit denn

entsagen, Zieh' ich lieber doch am Pflug, als selbst am großen Wagen, Zieh' ich lieber doch mein Heu aus der letzten Bauernraufe, Als ich aus der Marmorkrippe mit dem Vieh des Hofes laufe.“ Die Worte an den Benjor deselben Dichters können die Herren selber nachlesen.

Zur Landflucht!

Ein günstiger Wind weht uns folgenden Kontrakt zu, den unsere edlen Agrarier mit den ausländischen Arbeitern abschließen. Er ist in deutscher und polnischer Sprache abgefaßt und lautet:

§ 1. Dauer des Arbeitsverhältnisses. Bei... bezw... dessen Rechtsnachfolger treten die unterzeichneten Personen, die Ehefrauen mit Genehmigung ihrer Ehemänner, die unmündigen Personen mit Zustimmung ihrer Eltern bezw. ihres gesetzlichen Vertreters vom Frühjahr 1909 ab so lange in Arbeit, bis alle Feld- und Rübenarbeiten, auf Verlangen des Arbeitgebers auch Druscharbeiten beendet sind und verpflichtet sich, jede vorkommende Arbeit mit gewissenhafter Treue und mit Fleiß auszuführen. Alle Unterzeichneten versichern, vollständig gesund und ohne jedes Gebrechen zu sein (weibliche auch nicht schwanger).

§ 2. Arbeitszeit. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 12 Stunden ausschließlich der Pausen von je einer halben Stunde Frühstück und Bejr und eine Stunde Mittag. Die Arbeitszeit beginnt pünktlich um 5 Uhr morgens mit dem Weggange vom Gutshofe und endet um 7 Uhr abends an der jeweiligen Arbeitsstelle auf dem Felde. Die Stunden, in denen Pausen stattfinden, bestimmt der Arbeitgeber. In Notfällen ist auf Verlangen des Arbeitgebers Arbeit zu leisten; ob ein Notfall vorliegt, bestimmt der Arbeitgeber. Die Entschädigung für die Überstunden an den Werktagen beträgt bei Männern und Burischen 15 Pfg., bei Frauen und Mädchen 10 Pfg. § 3. Lohnsätze. Vorarbeiter, die sich deulich verständigen können, erhalten für jeden unterstellten Arbeiter 50 Pfg. die Woche; vom 1. April bis 1. Juni erhalten Männer und starke Burischen (Männer) pro Arbeitstag 2,50 Mk., Nichtmänner 1,70 Mk.; Frauen und Mädchen, sowie schwache Burischen (Nichtmänner) 1 Mk.; vom 1. Juni bis zur Vernehmung der Erntearbeiten ebensoviel. Für Melken und Säutern außer der Arbeitszeit werden täglich 20 Pfg. und an Sonntagen 50 Pfg. vergütet. Für Wohnen des Sommergetreide, 180 Quadrat Ruthen binden und aufstellen gibt es im Afford 1,25 Mk. § 4. Freie Wohnung. Verpflegung usw. (Deputat). Außer diesen Lohnsätzen erhält jede Person für die Wohnung der Mann 10 Pfd. Brot, der Burische und das Weib 8 Pfd. Brot; außerdem jede Person 1 Pfd. Gerstengraupen oder 1 Pfund Reis, 1 Pfd. Hilfenfrüchte, 1 Pfd. Mehl, 1 Pfd. Schweinefett, 1 Pfd. Fleisch, 25 Pfund Kartoffeln, 7 Liter Magermilch oder Buttermilch oder 3½ Liter Vollmilch oder süßen Milchsaft, ein halbes Pfund Salz. Gemeinnützlich freie Wohnung im Arbeitsbause nach Geschlechtern getrennt. § 5. Arbeitsgeräte (die Männer wenigstens eine Sense) sollen sich die Arbeiter, wenn möglich, mitbringen. Andernfalls erhalten sie vom Arbeitgeber Geräte, sind aber verpflichtet, sie sauber und unbeschädigt zurückzugeben. Alle durch ordnungswidrige Benutzung entstandene Beschädigung dieser Gerätschaften oder verlorenes Gerät müssen sie bar bezahlen.

§ 6. Reiseloften, Lohnvorschuße, Ausloosen. Die Kosten der Hin- und Rückreise bis und von der Arbeitsstelle hat der Arbeiter selbst zu tragen. Wird der Vertrag vom Arbeiter bis zum Ende des Arbeitsverhältnisses erfüllt und nicht vorzeitig aus einem Grunde gelöst oder gebrochen, so werden ihm die Reiseloften erübt. Das Ausloosen hat wöchentlich zu geschehen. Je 3 Mk. des Lohnes der ersten 10 Wochen werden jedoch erst am Schluß der Vertragszeit unter der Bedingung des ordnungsmäßigen Abganges der Arbeiter fällig und auszubezahlt. § 7. Gehoriam. Es verpflichtet ein jeder der Arbeiter, den Anordnungen des Arbeitgebers, soweit sie sich auf das Verhalten in der Wohnung, auf der Arbeit oder in den Schlafräumen beziehen, unbedingt Gehoriam. Verdrät ist der Arbeitgeber, das Arbeitsverhältnis sofort zu lösen, wenn der Arbeiter den Anordnungen

wird, auch diese — unersetzlichen zum Besten der Menschheit erjonnene — Erfindung seinen Interessen dienlich zu machen.

Die Sonne als Triebkraft von Motoren. Der fähige Gedanke, die rasche Wärmeabgabe der Sonne an die Erde durch Hilfe hinreicher Apparate in motorische Kraft umzuwandeln, ist bereits oft von der technischen Wissenschaft aufgegriffen worden. Schon im Altertum beschäftigte sich Archimedes mit ähnlichen Problemen. In neuen Zeiten hat der französische Mouchot eine Sonnenmaschine konstruiert, in der eine große Anzahl von Spiegeln bei einer Flächenabdeckung von 40 Quadratmetern so angeordnet ist, daß sie die Sonnenstrahlen auf einen gemeinsamen Mittelpunkt werfen, der dann eine so große Hitze entzündet, daß er einen Motor von einer Pferdekraft antreibt. Seit Mouchots Experimenten, so wird in L. S. Wedd ausgeführt, hat man in der Lösung dieser Frage bedeutende Fortschritte gemacht, aber der Tag ist freilich noch fern, da jenes Land so viel „Sonnenmotoren“ besitzen wird, als Holland Windmühlen. Die größte Sonnenmaschine steht in Kalifornien im Betrieb, in South Pasadena, und dient als Pumpenapparat, um aus der Tiefe eines Brunnens Wasser zu Bewässerungszwecken emporzuheben. Der Apparat hat die Form einer riesigen Ellipse, deren kleinster Durchmesser elf Meter beträgt. In der Fläche sind in hinreicher Anordnung nicht weniger als 1788 kleine Spiegel angebracht, die alle Sonnenstrahlen auf einen bestimmten Punkt konzentrieren, an dem sich ein Kessel befindet mit 800 Liter Fassungsgehalt. Ein Rohr leitet dann den entwickelten Dampf zu dem Motor, über der zehn Pferdekraft entwickelt. Das Wasser aus dem Brunnen wird dabei mit einer Schnelligkeit von 11 000 Metern in der Minute emporgepumpt. Der ganze Apparat ist wie ein Teleskop eingerichtet, so daß er verstellbar ist und der Sonne in ihrem Stande folgen kann.

Denkschnupfen. Die Ursache des Denkschnupfens ist sehr häufig in dem Keiz gesucht worden, den der Blütenstaub verschiedener Gräserarten auf die Schleimhäute ausübt. Auf das Frigide dieser Ansicht hat in der französischen Akademie der Wissenschaften Pierre Bonnier hingewiesen, der unter Heranziehung der Häufigkeit der Erkrankungen auf See oder bei Schneewetter einen rein nervösen Ursprung des Denkschnupfens annimmt. Der schlagendste Beleg für die Verächterung seiner Theorie ist wohl der, daß die Krankheit auch zu Zeiten auftritt, wo überhaupt keine Gräser in Blüte steht. Es handelt sich vielmehr um eine Störung gewisser Nervenzentren, die die Schleimabsonderung beherrschen. Die Behandlung muß sich darauf richten, die Reizbarkeit der Schleimhäute herabzumindern und die normale Funktion der in Frage stehenden Nervengruppen der Nasenschleimhaut wieder herzustellen.

des Arbeitgebers oder mäßige Aufzuchtung b schimpf, oder sich fall wenn eine unverbesserte beiter sich der Aufzucht Herr qual, wenn er gehens unter Anlage vorfichtig ist. Der Arbeiter, wenn der Arbeiter fortwährend nicht inno mißhandelt wird und unfittlich inuffert wir von der Arbeit fort, o trunken angetroffen, so Fall eine Konventional kasse dem Arbeiter auf aller Forderungen das ersaganbrücken das Arbeiter zu.

Somit der famo wir kurz angeführt hab losigkeit der Landarbeit traktbruch der Landarbeit der Verweisung spüren, wie sie sich a Turnern verlaßt haben nicht mehr. Ein Mit arbeiterflucht aufzubalt der Landarbeiter mit

Par

Die sozialistische beidigen Genossen das dem Kampfe, den sie le Der Verlauf des Zent der sozialistischen Liten Belgiens von jeht an sozialdemokratischen Br jen. Unsere Genossen parieren diese bureau Regierung dadurch an größerer Bahnhöfe flic tischen Presse und Lito

Gewerk

An die Bauarbeiterfang Juni sind die Ar und seinen Nachbarbü burg-Wilhelmsburg weg gelpert. Einigung der Unternehmer, die Zweck der Ausperrung nicht oder doch lahm Kampf bevor. Agenten sprechungen Arbeitswill bereits einige Hundert Arbeiter allerorts! S arbeiter nach Hamburg

Der Verband der T Deutschlands hält am 1. bundstag im Berliner Genossenschaft hatte die ligen Krise zu leiden, d wüerte, wie sie nur mit Herstellung von G beht werden können.

2. Quartal noch ganz l Jahres (schon ein erheb des 2. Quartals 1908 g Schluß des 4. Quartal sich der Verlust weni a h len des Verbande 1906: 7961, 1907: 8604, und Austritt von Mit doch die Zahl der Ein 1907: 4235 und im Zah den Eintritt steht ein und Auschlüssen gegen Den Mitgliederverluste ringe Zahl von Eintritt giebtern war in Berlin im Rechenschaftsbericht die Vertragsfälligung ist. Troß dieser ungun Mitglieberbestand des Während im Jahre 190 Wochen dem Verbande giebterzahl von 6637 r diese im Jahre 1908 auf im Jahresdurchschnitt Wochen an. Aus dem

Verband in den letzten 375 730,24 Mk. hatte, da Mart, laufende Beiträ Mart 50 Pfg., Zinsen Mart. Demgegenüber Davon gebielten die F stellung gab der Verbo stimmung 153 955,83 Mk. 1908 allein 83 510,33 Mk. Mart, für Sterbegeld 8 Mart 30 Pfg., Gemei handunterstützung 241 der Hauptfakt: für Be Mart, Verbandstag 190 Zu den Gesamteinnahm von 69 983,8 hat in den letzten Jah bewegungen durchgefam in 1663 Betrieben mit In 18 Dr.en mit 637 die Bewegung ohne Ar wurde gestreikt, betrof schäftigten. Der Verlu 2294 Beiteilige 40 863 G treidit wurde für 2488 zeit von 3897 Stand, p ronen eine Lohnerhöhu Im Jahre 1908 wurden Beidäftigten Forderung betrug für 718 Beiteilg beitzverdienst 58 789 M eine Arbeitsverförrung eine Lohnerhöhung für Im allgemeinen kann der schäftlichen Miere der lkeit zurückblicken. Den A Zeit eine Stübe, hat er auszubezahlt. Der Verba mit der Finanzfrage be Lohnkämpfe und Lari

Ausland der Dieter Niern auf der Blensb neubau Stadel Nr. 288 gefündigt worden. Die Rechnung. Troß wiede blieb diese bei ihrem A leiters Schulz vom dori

Vorwärts strebt

dem schwarzen...
haben die Arbeiter...
Gefühl...
blauen...
Wohlfühl...
Blau...
re Leser erkennen...
Selbstentmannung...
zu finden...
n, wir sind daher...
und ein...
Vergleich mit dem...
die Hölle eine...
er frühlich weiter...
den Dunkel...
heit denn...
entsagen...
am großen Wagen...
den Bauern...
des Hofes...
hiers können die

des Arbeitgebers oder dessen Stellvertreter selbst auf zwei-
malige Aufforderung hin nicht Folge leisten, den Arbeitgeber be-
schimpft, oder sich fälschlich widerlegt, wenn ein Arbeiter fälschlich
wenn eine unverschämte Person schwärzen wird, wenn der Ar-
beiter sich der Aufwiegelung schuldig macht, wenn er die Tiere des
Herrn quält, wenn er wegen eines Verbrechens oder eines Ver-
gehens unter Anklage gestellt wird und wenn er mit Nicht un-
vorsichtig ist. Der Arbeiter ist berechtigt, das Verhältnis zu
lösen, wenn der Arbeitgeber seine vertragsmäßigen Leistungen
fortwährend nicht innehält, wenn er vom Arbeitgeber gröblich
mißhandelt wird und wenn eine Arbeiterin vom Arbeitgeber
unfälschlich inaffert wird. Bleibt der Arbeiter ohne Erlaubnis
von der Arbeit fort, oder wird er während der Arbeitszeit be-
trunken angetroffen, so ist der Arbeitgeber berechtigt, für jeden
Fall eine Konventionalstrafe von 50 Mk. zugunsten der Armen-
kasse dem Arbeiter aufzuerlegen. Dem Arbeitgeber steht wegen
aller Forderungen aus diesem Vertrag, sowie wegen Schaden-
erregungsansprüchen das Recht der Einbehaltung der Sachen des
Arbeiters zu.
Soweit der famose Vertrag, dessen wichtigere Paragraphen
wir kurz angeführt haben. Er zeigt die himmelschreiende Rech-
tlosigkeit der Landarbeiter und erklärt auch den häufigen Kon-
traktbruch der Landarbeiter, der in den meisten Fällen nur ein
Alt der Verzweiflung ist. Denn wenn die Landarbeiter erst
spüren, wie sie sich auf Gnade und Ungnade den ostfeindlichen
Junkern verkaufen haben, ist ihres Bleibens in diesen Gefilden
nicht mehr. Ein Mittel gibt es nur, um endlich die Land-
arbeiterlucht aufzuhalten, und das ist die rechtliche Gleichstellung
der Landarbeiter mit den Industriearbeitern.

Parteinachrichten.

Die sozialistische Presse auf belgischen Bahnhöfen! Unsere
belgischen Genossen haben endlich den Sieg davongetragen in dem
Kampfe, den sie seit 23 Jahren gegen die Regierung führten:
Der Verkauf des Zentralorgans der Partei, „Le Peuple“, und
der sozialistischen Literatur überhaupt ist auf den Bahnhöfen
Belgiens nun recht zu gelangen. Bei uns zu Lande sind der
sozialdemokratischen Presse nach wie vor die Bahnhöfe verschlo-
ssen. Unsere Genossen, besonders in den größeren Städten,
parieren diese bürokratische Unanständigkeit der preussischen
Regierung dadurch am besten, daß sie in unmittelbarer Nähe
größerer Bahnhöfe fliegende Verkaufsstellen der sozialdemo-
kratischen Presse und Literatur einzurichten versuchen.

Gewerkschaftsbewegung.

An die Bauarbeiterschaft des In- und Auslandes! Seit An-
fang Juni sind die Arbeiter des Baugewerbes in Hamburg
und seinen Nachbarstädten Altona-Itzehoe, Wandsbek, Har-
burg-Wilhelmsburg wegen geringfügiger Lohnforderungen an-
gesperrt. Einigungsversuche scheiterten an dem bösen Willen
der Unternehmer, die feineren Zustände zu machen. Der
Zweck der Aussperrung ist offenbar: die Organisation soll ver-
hindert oder doch lahmgelegt werden. Es steht ein langwieriger
Kampf bevor. Agenten sind ausgesandt, um unter allerlei Ver-
sprüchen Arbeitswillige einzufangen. In Schlesien will man
bereits einige Hundert der „nützlichen Elemente“ gelockt haben.
Arbeiter allerorts! Sorgt dafür, daß kein arbeitswilliger Bau-
arbeiter nach Hamburg und seinen Nachbarstädten geht!

Der Verband der Tapezierer und verwandten Berufsangehörigen
Deutschlands hält am 18., 19., 20. und 21. Juli seinen 4. Ver-
bandskongress in Berlin, „Gewerkschaftshaus“ ab. Wie fast alle
Gewerkschaften hatte der Verband schwer unter der wirtschaft-
lichen Krise zu leiden, die im Tapeziererberuf mit einer Schärfe
wütete, wie sie nur einen Beruf treffen kann, der vorwiegend
mit Herstellung von Gegenständen beschäftigt ist, die leicht ent-
behrt werden können. Entwickelte sich der Verband bis zum
2. Quartal noch ganz leblich, so trat in der zweiten Hälfte des
Jahres schon ein erheblicher Rückgang ein. Von 8666 am Schluß
des 2. Quartals 1908 ging der Verband auf 7844 Mitglieder am
Schluß des 4. Quartals zurück. Im Jahresdurchschnitt stellte
sich der Verlust weniger ungünstig. Die Mitglieder-
zahlen des Verbandes im Jahresdurchschnitt waren folgende:
1906: 7961, 1907: 8604, 1908: 8275. Die Abnahme, der Ein-
tritt Austritt von Mitgliedern, ist außerordentlich groß, betrug
doch die Zahl der Eintritte im Jahre 1906: 4838, im Jahre
1907: 4255 und im Jahre 1908 trotz der Krise immer noch 3113.
Der Eintritt stellt eine fast ebenso große Zahl von Austritten
und Ausschlüssen gegenüber: 1906: 3585, 1907: 3814, 1908: 3748.
Den Mitgliederverlusten im Jahre 1908 steht aber eine zu ge-
ringe Zahl von Eintritten gegenüber. Der Hauptverlust an Mit-
gliedern war in Berlin zu verzeichnen, und dieser Umstand wird
im Redaktionsbericht des Vorstandes darauf zurückgeführt, daß
die Beitragskassierung in Berlin völlig ungenügend organisiert
ist. Trotz dieser ungünstigen Verhältnisse ist die Stabilität im
Mitgliederbestand des Verbandes im allgemeinen gestiegen.
Während im Jahre 1905 die Zahl der Mitglieder, die über 52
Wochen dem Verbande angehört, bei einer absoluten Mit-
gliederzahl von 6637 nur 3585, in Prozenten 53,1 betrug, stieg
diese im Jahre 1908 auf 74,8 Prozent, d. h. von 8275 Mitgliedern
im Jahresdurchschnitt gehörten 5871 dem Verbande über 52
Wochen an. Aus dem Massenbericht ist zu entnehmen, daß der
Verband in den letzten drei Jahren eine Gesamteinnahme von
375 730,24 Mk. hatte, davon entfielen auf Eintrittsgelder 6118,40
Mk., laufende Beiträge 541 817,50 Mk., Extrabeiträge 14 474
Mk. 50 Pf., Zinsen 1937,28 Mk., sonstige Einnahmen 5382,56
Mk. Demgegenüber steht eine Ausgabe von 589 197,99 Mk.
Davon behielten die Filialen 133 382,81 Mk., für Reiseunter-
stützung gab der Verband 21 643 Mk., für Arbeitslosenunter-
stützung 153 955,83 Mk. aus. Davon entfielen auf das Jahr
1908 allein 83 510,33 Mk. für Krankenunterstützung 23 212,15
Mk., für Sterbegeld 8835 Mk., für Streikunterstützung 149 209
Mk. 30 Pf., Gemahregelunterstützung 1448 13 Mk., Not-
standsunterstützung 2416,75 Mk., Sonstiges 1406,71 Mk. In
der Hauptkassier für Zeitung 28 465,78 Mk., Gehälter 28 442,58
Mk., Verbandskassier 1906 3918,85 Mk., Sonstiges 31 000,95 Mk.
Zu den Gesamteinnahmen kam ein Bestand von 8 451,64 Mk.,
so daß der Verband am Schluß des Jahres 1908 noch über ein
Vermögen von 69 983,89 Mk. verfügen konnte. Der Verband
hat in den letzten Jahren eine ganze Anzahl schwerer Lohn-
bewegungen durchgeführt. Im Jahre 1907 wurden in 34 Orten
in 1663 Betrieben mit 4739 Beschäftigten Forderungen gestellt.
In 18 Dr. en mit 637 Betrieben und 1240 Beschäftigten wurde
die Bewegung ohne Arbeitseinstellung erledigt. In 16 Orten
wurde gestreikt, betroffen wurden 566 Betriebe mit 2439 Be-
schäftigten. Der Verlust an Arbeitszeit betrug für zusammen
2294 Teilzeitige 40 863 Tage und an Arbeitsverdienst 204 675 Mk.
Erreicht wurde für 2488 Teilzeitige eine Verfürzung der Arbeits-
zeit von 3897 Stunden pro Woche. Zusammen wurde für 4356 Per-
sonen eine Lohnverbesserung von 10 164 Mk. pro Woche erreicht.
Im Jahre 1909 wurden in 23 Orten in 499 Betrieben mit 1366
Beschäftigten Forderungen gestellt. Der Verlust an Arbeitszeit
betrug für 713 Teilzeitige 13 537 Tage und der Verlust an Ar-
beitsverdienst 58 789 Mk. — Erreicht wurde für 258 Personen
eine Arbeitszeitverfürzung von 936 Stunden pro Woche und
eine Lohnverbesserung für 1050 Personen von 1922 Mk. pro Woche.
Im allgemeinen kann der Verband der Tapezierer trotz der wirt-
schaftlichen Mißere der letzten Jahre auf eine fruchtbarere Tätig-
keit zurückblicken. Den Arbeitslosen war der Verband in schwerer
Zeit eine Stütze, hat er doch enorme Summen als Unterstützung
ausbezahlt. Der Verbandskassier wird sich denn auch hauptsächlich
mit der Finanzfrage beschäftigen, ferner mit der Frage der
Lohnkampfe und Tarifverträge.

Ausland der Arbeiter auf der Hensburger Schiffswerft. Den
Arbeitern auf der Hensburger Schiffswerft ist für den Schiffs-
neubau Stapel Nr. 288 eine 10prozentige Lohnverbesserung an-
geknüpft worden. Die Werft hat diesen Dampfer auf eigene
Rechnung. Trotz wiederholter Vorprüfungen bei der Direktion
blieb diese bei ihrem Abzuge bestehen. Die Verträge des Bau-
leiters Schulz vom dortigen Metallarbeiterverband, eine Ein-
igung herbeizuführen, waren ohne Erfolg. Am Freitagabend
beschlossen die Arbeiter mit 117 gegen 22 Stimmen, die Arbeit
niederzulegen; Sonnabendmittag traten sie in den Streik.
Gauler Schulz hatte sie dringend vor diesem Schritt gewarnt.
Eine Anzahl anderer Arbeiter, die seitens der Direktion zur
Streikarbeit aufgefordert wurde, verweigerte diese und wurde
sogar entlassen.
Ein aktiver, königlich preussischer Grenadier als Arbeits-
williger. In Sommerfeld, Bezirk Frankfurt a. O., stehen die
Töchter der Firma Koll u. Kreuz seit Anfang dieses Monats im
Abwehrkampf. Die Firma hatte das bestehende Tarifverhältnis,
das übrigens recht niedrige Löhne enthielt, gekündigt und suchte
nun die schlechte Konjunktur dazu auszunutzen, den alten Tarif
gleich auf weitere 3 Jahre festzulegen, um so zu verhindern, daß
die Töchter bei zu erwartender guter Konjunktur erhöhte Forde-
rungen stellen. Hierfür konnten die Gehilfen aber nicht ein-
gehen und sie traten deshalb in den Abwehrkampf ein. Von den
circa 40 Töchtern der Firma blieben nur 2 Arbeitswillige stehen.
Die Firma sucht nun Arbeitskräfte heranzuziehen, was ihr jedoch
erst in einem Falle gelungen ist. Und zwar ist dieser Arbeits-
williger ein aktiver Grenadier des 12. Grenadier-Regiments in
Frankfurt a. O. Dieser Träger des kaiserlichen Rodes heißt
Paul Bretschneider; er war vor Beginn seiner militärischen
Laufbahn bereits Mitglied des Töchterverbandes, mußte aber
wegen Restierens der Beiträge ausgeschlossen werden. Er ist in
Sommerfeld beheimatet, hat 14 Tage Urlaub erhalten und nutzt
diese Zeit nun aus, indem er sich bei Koll u. Kreuz als Arbeits-
williger betätigt. Wir fragen: Ist der vorgezeichnete Vebörde
des Bretschneider bekannt, daß der Grenadier Bretschneider in
Sommerfeld Arbeitswilligendienst verrichtet und als Töchter
arbeitet? Erhalten Soldaten Urlaub, um in der Fabrik zu ar-
beiten? Die Vorgesetzten des arbeitswilligen Grenadiers Bret-
schneider werden auf diese Fragen bald Auskunft geben müssen.
Der Verbandsvorsitzende der Töchter hat nämlich dieses seltsamen
Vorfalls wegen beim Kommando des 12. Grenadier-Regiments
interveniert. Wir sind begierig, zu erfahren, ob von dieser Seite
die Handlungsweise des Bretschneider gebilligt wird.
Neun schwarze Ruten verlor der Gesamtverband Deutscher
Metallindustrieller in der Zeit vom 26. Juni bis 10. Juli d. J.
Durch Angabe ihrer Personalien werden in Verrut gebracht
118 Betonarbeiter in Hamburg, 4 Schmiede der Maschinen-
fabrik in Holsen, 15 Müller der Malsfabrik A. Seymann
in Mannheim, 94 Knopfabriker und Arbeiterinnen in Frank-
hausen und 52 Textilarbeiter und Arbeiterinnen in Gericke.
Zum Kampf der Maschinen- und Heizer auf dem Rhein.
Wie die Eisenarbeiter und Arbeitswilligen „arbeiten“, davon gibt
Zeugnis folgende, uns zugekommene Erklärung!
Die Unterzeichneten erklären hiermit, daß das nachstehend
Gedruckte die reine Wahrheit ist und bekräftigen dieses durch
ihre eigenhändige Unterschrift.
Wir wurden am Mittwoch, den 14. Juli, von dem Agenten
Heberg bezogen, dessen Vertreter Delsing in Essen a. Ruhr als
Arbeiter angeworben. Es wurde uns von den Agenten gesagt,
daß wir zu Montagearbeiten, Hochbau, Eisenkonstruktion usw.
verwendet würden.
Wir mußten dann in Essen im Bureau des Agenten Delsing,
Parallelstraße 18, unsere Legitimationspapiere abgeben.
Am 18. Uhr Mittwochabends wurden wir dann in Essen
auf die Eisenbahn gebracht; das Reiseziel wurde uns verschwiegen.
Es wurde uns nur die Andeutung gemacht, daß die Reise nach
der Schweiz zu geht. In Worms wurden wir in einen anderen
Zug gebracht und ging die Reise direkt Straßburg zu. Unterwegs
in Winden mußten die Unterzeichneten nach Maximiliansau dort
wundern wir dann auf ein Boot gebracht, um als Seizer Dienste
zu tun. Dieses Boot hatte den Namen „Colonia 7“.
Die anderen Unterzeichneten wurden nach Marolsheim (Elz.)
befördert, von dort nach Sachau auf das Boot „Colonia 8“ ge-
bracht. — In Essen wurde und 6 Mk. als wöchentliches Tage-
lohn und je 1 Mk. für die Unterhaltung versprochen. Als wir an
Bord kamen, fragten wir, was es für Lohn gibt; darauf wurde
uns die Antwort, daß es 26 Mk. und 2 Mk. Zulage pro Woche
gibt. Davon müßten wir uns selbst bestreiten, was 4,80 bis
5 Mk. pro Woche für warmes Essen betragen würde. Für diese
Lohnbedingungen wollten wir jedoch nicht arbeiten. Die auf
„Colonia 8“ gebrachten Unterzeichneten stellten darauf an den
Agenten Werner von der „Rhein- und Seefahrtsgesellschaft“
in Köln, welcher letzterer das Boot „Colonia 8“ gehört, die For-
derung auf Ausfertigung eines Kontraktes mit höherem Lohn.
Dieses wurde auch angenommen. Die Arbeit war uns jedoch zu
schwer. Wir waren nicht in der Lage, diese schwere Arbeit
dauernd zu verrichten.
Wir von „Colonia 7“ unterzogen uns der uns gegen unseren
Willen zugewiesenen Arbeit. Wir erhielten aber nur den Lohn
von 26 Mk. pro Woche. Wenn wir in Essen gewohnt hätten, daß
wir solche schwere Arbeit verrichten sollten, dann wären wir
nicht auf das Ansuchen der Agenten Heberg und Delsing einge-
gangen. Nur durch Verschweigen des wahren Sachverhaltes
seitens der Agenten Heberg und Delsing ließen wir uns be-
stimmen, von Essen wegzufahren.
Wir bestätigen alles dieses noch einmal als der vollen Wahr-
heit entsprechend und warnen zugleich alle Arbeitslosen und auch
alle in Arbeit stehenden Berufscollegen, sowie alle andere Ar-
beiter vor dem Treiben der Agenten Heberg und Delsing, da
dieses uns nicht ehrlich mit der Arbeiterchaft meinen.
Mannheim, den 18. Juli 1909.
(gez.) Robert Drinhausen, Schloffer; Theodor Diefert,
Seizer; Peter Mangold, Seizer; Franz Witt, Schloffer;
Wilhelm Schönbauer, Schloffer; Alois Kuhl, Schloffer;
Otto Sprenger, Seizer; Heinrich Stein, Seizer.
Die Metallarbeiterorganisationen in Dortmund haben die
vor 9 Wochen gegen das Stahlwerk „Hösch“ verhängte Sperre
aufgehoben.
Einigungsverhandlungen im oberelschischen Baugewerbe-
streik. Auf Anregung des Arbeitgeberverbandes fand am
Sonnabend vor dem Einigungsamt des Gewerbebezirks in
Kattowitz eine Einigungsverhandlung statt. Nach fünf-
stündiger Verhandlung wurde den Maurern und Zimmerern
eine Lohnverbesserung von drei Pfennig pro Stunde angeboten. Die
Arbeitgeber- und die Bauarbeiterverbände beschloßen, in den
Montag stattfindenden Versammlungen zu dem Einigungs-
vorschläge Stellung zu nehmen. Damit ist Aussicht auf eine
Einigung gegeben.
Streik in der Schweiz beigelegt. Durch staatliche Vermitt-
lung ist der Streik der Arbeiter am Bruggwaldtunnel der
Bodensee-Taggenburg-Bahn beigelegt worden. Die Arbeiter
erhielten Zugeständnisse.

Genossenschaftsbewegung.

Die steuerliche Behandlung der Konsumgenossenschaften ist
bekanntlich in den meisten deutschen Staaten verschieden von der
Behandlung, die den landwirtschaftlichen und gewerblichen
Genossenschaften auf dem Gebiete des Steuerwesens zuteil wird.
Während die letzteren stets steuerfrei sind, vielfach sogar direkte
und indirekte Unterstützungen aus Staatsmitteln erhalten, sucht
man die Entwicklung der Konsumvereine durch ungerechte Aus-
nahmesteuern zu beeinträchtigen. Es handelt sich hier um ein
Stück Ausnahmesteuerhebung gegen die meistens von Arbeitern
gebildeten Konsumvereine, die um so empfindbarer wirken muß,
als die von der Gesetzgebung begünstigten landwirtschaftlichen
Genossenschaften dem „Mittelstand“ genau so gefährlich werden
wie die Konsumvereine, wenn wir uns einmal im Jargon der
Konsumvereinsleute ausdrücken dürfen. Das geht wieder aus
dem Geschäftsbericht des Reichsverbandes der landwirtschaft-
lichen Genossenschaften hervor, der Anfangs Juli seinen Geschäfts-
bericht in Stettin abgab. Nach dem erstatteten Geschäfts-
bericht haben die 18 000 Genossenschaften, die dem Reichsverband
angehören, für etwa 200 Millionen Mark Waren gemeinsam be-
zogen und für 85 Millionen Mark Waren gemeinsam abgesetzt.
Zu kommen noch die Umsätze der Kreditkassen, die sich auf

5800 Millionen Mark belaufen. Es liegt auf der Hand, daß
durch die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften die
Händler mit Maschinen, Saatgut, Geräten usw. genau so gut
eine Beeinträchtigung erfahren wie die Händler mit Konsum-
waren und Lebensmitteln durch die Konsumvereine. Die Händler
machen denn auch schon lebhaft gegen die landwirtschaftlichen
Genossenschaften Front und fordern zunächst einmal das Auf-
heben jeder staatlichen Unterstützung dieser Genossenschaften,
einzelne Korporationen wollen auch schon die Steuerhürden
gegen landwirtschaftliche Genossenschaften in Anwendung ge-
bracht haben. Man braucht sich in der Tat auch nicht über
solche Forderungen zu wundern. Das schreiende Unrecht, das
den Konsumvereinen zugefügt wird, muß notwendigerweise auch
auf die übrigen Genossenschaftsarten zurückwirken, sobald die
Gegnerchaft gegen diese reger wird und Aussicht besteht, daß die
Feinde aller Genossenschaftsarbeit auch gegen die landwirt-
schaftlichen Genossenschaften etwas zu erreichen vermögen.

Die dänische Konsumgenossenschaftsbewegung feierte in diesem
Jahre ein bedeutendes Ereignis: das fünfzigjährige Bestehen
ihrer Großeinkaufsgesellschaft. Dänemark ist dasjenige
Land Europas, in dem die Genossenschaftsbewegung den höchsten
Grad der Intensität erlangt hat. In dem kleinen Lande erzielte
die Großeinkaufsgesellschaft im Jahre 1908 einen Umsatz von
46 425 324 Mark. Sie betreibt in mustergetreuen Anlagen eine
Tabakfabrik, eine Leder- und Schokoladefabrik, eine Kaffee-
rösterei, eine Seifabrik, eine Seifenfabrik, eine technisch-chemi-
sche Fabrik, eine Gewürzmühle, eine Strumpfwaren- und Tri-
kotagenfabrik. Ein Reusent des Gesamtumsatzes wird in eigenen
Produktionsbetrieben hergestellt; die übrigen auf dem Reingewinn
von 2 038 315 Mk. ein Drittel bei. Der Großeinkaufsgesell-
schaft in Dänemark sind alle 1200 bestehenden Konsumvereine
angeschlossen. Zwei Drittel des Gesamtumsatzes der dänischen
Konsumvereine werden durch ihre Großeinkaufsgesellschaft be-
zogen, ein Rest, das sonst keine festländische Großeinkaufs-
gesellschaft aufweisen kann. Neben den Konsumvereinen bestehen
in Dänemark noch etwa 1100 Genossenschaftsmüllereien, 36 Ge-
nossenschaftsschlächtereien, eine Exportgenossenschaft und eine
Anzahl sonstiger landwirtschaftlicher Bezugs- und Absatzgenossenschaften.
Die Mitgliederzahl sämtlicher Genossenschaften be-
läuft sich auf 525 000, der Gesamtumsatz auf über 300 Millionen
Kronen. Die dänische Genossenschaftsbewegung ist ausschließlich
eine Agrarbewegung, die städtischen Arbeiter haben erst spä-
terne Verläufe mit der Gründung von Konsumvereinen gemacht;
doch ist zu erwarten, daß in nächster Zeit auch die Arbeiter sich
der Konsumgenossenschaftsbewegung in härteren Maße zu-
wenden. Die Gegensätze zwischen Konsum- und Produzenten-
genossenschaft, die in anderen Ländern an der Tagesordnung
sind, kennt man in Dänemark nicht. Die eigenartige Entwicklung
des dänischen Genossenschaftswesens hat sie bisher verhindert.

Soziales.

Kgl. Heber städtische Gesundheitsämter und ihre Aufgaben.
Die Aufgaben der städtischen Gesundheitsämter sind nach v. Es-
marchs (33. Berl. d. deutsch. Vereins f. öffentl. Gesundheitspflege) vom
14. Mai 1879), von infektösem Material, Trinkwasser, Abwasser,
ferner allgemein hygienischer Art (Ventilation, Heizung), insbesondere
auf dem Gebiete des Schul- und Krankenhausbau, und der Ge-
werbetätigkeit. 2. Die Begutachtung von hygienischen Einrichtungen,
Apparaten, Modellen, sowohl zum Zweck ihrer Einführung, wie zu
gerichtlichen Zwecken. 3. Die fortlaufende Überwachung städtischer
Einrichtungen, wie Schulen, Krankenhäuser, Schlachthöfe, Wasser-
und Abwasseranlagen, Bäder, Markthallen, Desinfektionsanstalten.
4. Die Ausbildung städtischer Angestellter in Desinfektion, erster
Hilfe (Samariterdienst), Wohnungspflege, Entnahme zu Unter-
suchungen verschiedener Art (Marktpolizei, Schulkontrolle). 5. Die Anregung
zur Einführung hygienischer Maßnahmen und Einrichtungen auf den
verschiedenen Gebieten der öffentlichen und privaten Gesundheits-
pflege (Beratungsstellen für Behörden und Private). 6. Sammlung
und Verwertung statistischer Ermittlungen auf dem Gebiete der
Hygiene usw. — Die Leitung des Amtes ist einem umfassend ge-
bildeten Hygieniker zu übertragen, der bei größeren Städten die
Stellung im Hauptamt, bei kleineren eventuell auch im Nebenamt
zu versehen hat (Stadtdrzt). Alle im öffentlichen Interesse liegenden
Funktionen sollen in weitestem Umfang kostenlos geleistet werden,
doch sollen die Untersuchungsämter in beschränktem Umfang auch
Privaten — gegen entsprechende Vergütung — zur Verfügung stehen.
Befanntlich gibt es eine Anzahl von Städten, die derartige Unter-
suchungsämter bereits besitzen.

Wie durch entstehen die meisten Betriebsunfälle? Auf
diese Frage gibt der letzte amtliche Bericht über die Gruben-
arbeiterunfälle im rheinisch-westfälischen Industriegebiet dem
Sozialpolitiker eine sehr lehrreiche Antwort. Gemeinhin wird
angenommen, die unangesehene Zunahme der Betriebsunfälle sei
auf das Konto der mit dem Betriebe natürlich verknüpften Ge-
fahren zu setzen. Die Annahme ist trügerisch. Beim Bergbau
denkt man unwillkürlich an die Schlagwetter- und Kohlenstaub-
Explosionen und an das Zusammenbrechen der unterirdischen
Grubenbane, vermutend, daß diese Gefahrenquellen am stärksten
zu Unfällen führen. Tatsächlich weist die Statistik das relative
Zurückgehen der infolge dieser Gefahrenquellen entstandenen
Betriebsunfälle nach. Im Ruhrbergbau entfielen von je 100
schweren und tödlichen Arbeiterverunglückungen infolge von

	1885/86	1906	1908
1. Explosionen	18,02	3,75	8,40
2. Glühender Metallmassen, heißer und schwerer Flüssigkeiten, giftiger Gase.	0,92	1,01	1,43
3. Bewegter Maschinenteile, Transmis- sionen usw.	4,58	8,34	3,64
4. Stein- und Kohlenfall	45,01	36,96	31,20
5. Sturz von Leitern, Treppen usw. in Vertiefungen, Bassins	11,00	8,85	6,81
6. Beförderung von Lasten	17,82	32,78	37,61
7. Sonstiger Gebrauch einfacher Hand- werkzeug) Urachen	2,65	8,31	8,91

Die Annahme, es seien die enorm steigenden Unfälle im
Bergbau in erster Linie auf die ihm eigentlichen Gefahrenquellen
(Explosionen und Zusammenbrüche) zurückzuführen, ist also
durchaus irrig. Was die Explosionsopfer anlangt, so waren sie
1908 relativ noch niedriger gewesen, wenn sich nicht die Riesen-
katastrophe auf Zeche Kabbod ereignete. Die Zahl der Explo-
sionsopfer ist im allgemeinen prozentual erheblich geringer ge-
worden in den letzten Jahrzehnten. Auch die infolge von Stein-
und Kohlenfall entstandenen Betriebsunfälle gingen relativ er-
heblich zurück. Dagegen nahmen die Betriebsunfälle infolge
Beförderung von Lasten (Förderung, Auf- und Abladen) riesig
zu! Sie haben sich seit 1885/86 mehr als verdoppelt, und daher
rührt in allererster Linie die erschreckende Zunahme der Gruben-
unfälle. Gerade diese Gefahrenquelle ist aber dem Bergbau nicht
eigentlich, sondern wird auch hier in der rapiden Weise
vermehrt durch das unangesehene beschleunigte Verkehrstempo.
Also nicht der Bergbau an sich ist in dem Maße, wie die Unfall-
vermehrung zeigt, gefährlicher geworden, sondern die Gefahren
wurden und werden erhöht durch die kapitalistische Sucht nach
möglichst hoher Ausbeute, die nur erzielt werden kann durch eine
riesigste Ausnutzung der motorischen und der menschlichen
Arbeitskraft. Hier ist der Punkt, wo eingeleitet werden muß,
wenn die Betriebsunfälle und Menschenopfer verringert werden
sollen.

Gerichtliches.

Wiesbaden, den 17. Juli. Strafkammer. Schon seit
einer langen Reihe von Jahren besteht in der Kurfürsten- und
Arndstrasse die Unsitte, daß die jungen Fabrikanten der städtischen
Fabrik bei einem Schneefalle während der Mittagszeit Schaller
bilden und die Fabrikarbeiterinnen der Fabrik von Velius & Schür
mit Schneebällen werfen. Am 5. März d. J. wurde die zur Arbeit
gehende Ehefrau Sanderbrint auch in der brutalsten Weise unter
dem Gelächter erwachsender Arbeiter geworfen. Sie umfiel, ge-

maßte sie den 17 Jahre alten Arbeiter Heinrich Schwaabedien von Siedel, der einen Schneeball unter dem Arme trug. Sie glaubte, in ihm einen ihrer Feinde zu sehen, der im Begriff stand, sie zu verwunden, und schrie auf ihn los und gab ihm eine kräftige Ohrfeige, daß ihm der Hut vom Kopfe flog. Als sie aber den Hut an sich nahm, um den vermeintlichen Täter ermitteln zu können, wurde sie von einer Anzahl Burichen umringt und von dem Schwaabedien mit einem Holzstock in den Rücken geschlagen. Schwaabedien war unter Anführung wegen Körperverletzung gestellt, aber vom Schöffengericht, das Vorwehr annahm, freigesprochen worden. Die Berufung der Staatsanwaltschaft gegen dieses Urteil wurde heute verworfen.

Der dem Trunk sehr ergebene und vielfach vorbestrafte Schuhmacher Heinrich Tiemann wollte im Oktober v. J. seinem Freund Dr. einen Besuch abstatten. Da Dr. nicht zu Hause war, verließ er sich auf den Eingang in dessen Wohnung, um es sich da gemütlich zu machen und die Ankunft seines Freundes zu erwarten. Gelegenheit macht Diebe und namentlich der Dursch, der ihn besiel. Seine Willenskraft war durch den Alkohol derart geschwächt, daß er seinem Freunde eine Taschenuhr nebst Kette stahl und ein Sparbüchsenbuch entwendete, um darauf 15 Mark für Getränke zu erheben. Die Strafkammer verurteilte ihn heute wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle zu 5 Monaten Gefängnis und brachte ihm hierauf 2 Monate von der erlittenen Unteruchungshaft in Anrechnung.

Der Arbeiter Carl Schnauß von hier, ein wiederholt schwer vorbestrafter Mensch, welcher noch vor einigen Wochen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, hat seinem Schwager Kiefer, bei dem er Wohnung gefunden hatte, aus einem verschlossenen Schranke, den er mit einem falschen Schlüssel geöffnet hatte, einige Mark bares Geld gestohlen. Er erhielt wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfalle eine Zusatzstrafe von 5 Monaten Gefängnis.

In der Neujahrstrübe dieses Jahres kam der Angeklagte, der Wermeister Heinrich Welpott von Gehlenbeck, nach durchschweifender Nacht in die Baumeisterische Wirtschaft zu Lübbede. Hier kam er mit dem dort anwesenden Rader Lüder in Wortstreit, der jedoch bald durch eine Runde Bier beigelegt wurde. Als aber der Welpott den Heimweg antrat, will er von dem Lüder angegriffen und ins Gesicht geschlagen worden sein und er habe sich durch das Umherhinken mit einem Messer des Angreifers erwehrt. Wenn er den Lüder dabei verletzt habe, so habe er in Notwehr gehandelt. Außerdem soll er noch den Lüder bedroht und beleidigt haben. Das Schöffengericht zu Lübbede hatte in der Sitzung vom 21. Mai d. J. den Angeklagten in allen Anklagepunkten freigesprochen, wogegen die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt hatte. Die Strafkammer hielt eine Verurteilung für vorliegend, hob das erste Urteil, soweit es die Verurteilung betraf, auf und verurteilte den Welpott zu einer Geldstrafe von 20 Mark ev. 4 Tagen Gefängnis. Im übrigen wurde die Berufung verworfen.

Der mehrfach vorbestrafte Schlosser Heinrich Guntan aus Bremen hatte sich gleich, nachdem er am 21. April aus dem Gefängnis entlassen war, bei der Witwe Th. in Minden als Koffgänger einquartiert, ohne noch Barmittel zu besitzen. Sein Weg zu seinem Zimmer führte durch die Stube seiner Wirtin, und als diese am 18. Mai zufällig nicht anwesend war, öffnete er die unverschlossene Kammertür und stahl daraus 20 Mark. Doch er kam damit nicht weit. Schon an demselben Tage befand er sich in Nummer sicher und wurde ihm das Geld wieder abgenommen. Er wurde als Dieb im wiederholten Rückfalle zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, worauf ihm die volle Unteruchungshaft angerechnet wurde.

Am Abend des 31. Oktober v. J. hatten bei der Verteilung von Feuerwehrrufen verschiedene Mitglieder des Feuerwehrrufs Volmerdingen bis in die Morgenstunden hinein ihren Dursch gründlich gelebt, so daß es auf dem Heimwege blutige Stöße setzte. Das Schöffengericht zu Dornhausen hatte den Fahrerunternehmer Wilhelm Njemann von Volmerdingen, der dem Viehhändler Weinger von Werthe im Streite mit einem Knäppler mehrere Schläge beigebracht und erheblich an der Stirne verletzt haben soll, zu einer Geldstrafe von 50 Mark ev. 10 Tagen Gefängnis verurteilt, wogegen der Verurteilte Berufung eingelegt hatte, in der er Notwehr vorbrachte. Die Strafkammer hob das erste Urteil auf und sprach den Angeklagten Njemann frei, weil nicht festgestellt werden konnte, wer zuerst angegriffen hat.

Vermischtes.

Räuber an der deutsch-russischen Grenze. Unglaubliche Zustände scheinen noch immer an der russischen Grenze zu herrschen. Vor einigen Tagen wurden auf der Grenzchauffee zwischen Augustowo und Lipsk, wie berichtet wird, etwa 40 Pferdehändler, die den Pferdemarkt in Lipsk besuchen wollten, von maskierten Räubern überfallen, gefesselt, mit vorgehaltenen Revolvern bedroht und ihrer Barchast beraubt. Im ganzen erbeuteten die Begehrer auf diese Weise 30.000 Rubel. Einer der Geschädigten, der Pferdehändler Gerd Dierum aus Kopenhagen bei Darmstadt in Ostfriesland, der bei diesem Ueberfall 4000 Mark deutsches Geld und 1000 Rubel einbüßte, hat sich jetzt beschwerdeführend an das Auswärtige Amt in Berlin gewandt und hofft dadurch wieder zu seinem Gelde zu kommen. Nach den Ausführungen in der Eingabe hat sich der Ueberfall in folgender Weise abgespielt: Dierum, der seit etwa drei Jahren Pferde in Russland aufkauft, reiste am 11. Juli von Berlin nach dem deutsch-russischen Grenzort Groß-Gajmochen in der Absicht, den Pferdemarkt in Lipsk zu besuchen. Von dem russischen Grenzort Gajmochi aus benutzte er am 12. Juli bis Augustowo, wo übernachtet wurde. Von dort aus fuhren beide am Morgen des 13. Juli weiter. Auf der Chauffee zwischen Augustowo und Lipsk befindet sich zwischen den Kilometersteinen 14 und 15 ein Chauffeehäuschen, vor dem ein Mann in der Uniform eines Chauffeeväters stand. Als das Fuhrwerk vor dem Chauffeehäuschen anlangte, sprang der Mann auf die Pferde und führte sie wider den Willen des Aufsehers in das Gehölz. Dort wurden Dierum und sein Kommissionsär von mehreren zum Teil maskierten Männern umzingelt und mit Revolvern bedroht. Sie verlangten die Vergabe des Geldes, widrigenfalls sie sofort schießen würden. Die gespannten Revolver wurden den Ueberfallenen vor die Brust gehalten. Die Bedrängten gaben in dieser Notlage ihre gesamte Barchast heraus. Dierum hatte 3000 Mk. deutsches Geld und 100 Rubel russisches Geld bei sich und sein Kommissionsär 1000 Mark und 900 Rubel. Auf demselben Gehölz befand sich schon eine Anzahl von Schicksalsgenossen, und später wurden von den Leuten noch mehrere andere Fuhrwerke geplündert. Die meisten der Ueberfallenen, die ebenfalls nach Lipsk reisen wollten, hatten große Geldsummen bei sich. Sämtliche Ausgeraubte wurden gefesselt und auf einem Boden des Hauses eingeschlossen. Einer der Reisenden, der Händler Jahl aus Augustowo, der nicht gutwillig sein Geld hergeben wollte, wurde vor den Augen der übrigen Gefangenen erschossen. Einem Geschäftsfreund Dierums, dem Pferdehändler Johann Heinrichsen von Dordrecht aus Gooch in Holland, wurden etwa hunderttausend Mark abgenommen. Auch er sucht jetzt bei der Behörde Hilfe und hat sich an die holländische Gesandtschaft in Berlin gewandt. Die Räuber hatten zunächst den Chauffeeväter überfallen und mit der ganzen Familie gefesselt. Dann zog einer von ihnen die Chauffeeväteruniform an und sahte vor dem Chauffeehäuschen Posten. Die übrigen Komplizen lagen im Hause verstreut und sprangen erst, wenn der falsche Wächter ein Fuhrwerk auf den Hof führte. Die Befreiung der Gefesselten geschah durch den Sohn des Chauffeeväters, dem es mit vieler Mühe gelungen war, sich die Fesseln abzuhelfen. Die Räuber waren inzwischen mit der Beute entflohen. Die Ueberfallenen erstatteten zwar sofort bei der Polizei in Augustowo Anzeige, doch hielt es diese nicht einmal für nötig, die Namen der Geschädigten aufzunehmen zur Ergründung der Räuber ausfinden. Nur drei Polizisten machten sich auf die Suche. Im Auswärtigen Amt haben bereits Konferenzen der Geschädigten mit dem Botschaftssekretär Dr. v. Grünau stattgefunden.

Beim Schwimmen ertrunken. Plankenburg, 19. Juli. Gelegentlich einer Besichtigung der im Bionierdienst ausgebildeten Mannschaften des hiesigen Bataillons erhielten ein Unteroffizier und mehrere Mann den Auftrag, als Patrouille den Mönche-Mühlenteich zu durchschwimmen. Obwohl alle des Schwimmens kundig waren, gingen der Unteroffizier und zwei Mann in der Mitte des Teiches unter und ertranken, obwohl zahlreiche Rettungsmannschaften in Räthen herbeieilten.

Die Märsche Hamann-Schmitz. Berlin, 19. Juli. Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Professor Schmitz in Charlottenburg und den Journalisten Walter Hamann ein umfangreiches Ermittlungsverfahren wegen Verleumdung des Geheimrates Hamann angeordnet.

Ein betrügerischer Leutnant. Berlin, 19. Juli. Unter dem Verdachte, umfangreiche Betrügereien verübt zu haben, wurde heute in Charlottenburg in der Joachimstaler Straße 7 der Kürassierleutnant a. D. Philipp v. Nathusius verhaftet und in das Amtsgericht Charlottenburg gebracht.

Ein Oberst als Sittlichkeitsverbrecher. Rosen, 19. Juli. Eine verblüffende Aufklärung hat das vor einigen Tagen gemeldete Verbrechen des Obersten und Kommandeurs des 155. Infanterie-Regiments gefunden. Oberst Geyer wurde vor einigen Wochen während einer Uebung des Regiments vom Truppenübungsplatz weg verhaftet. Die Ursache der Verhaftung sind Sittlichkeitsverbrechen, die er an zwei jungen Mädchen begangen haben soll.

Abgefuhrte Touristen. Jansbrunn, 19. Juli. Von der Hochpiste ist der hiesige Tourist Wacker abgestürzt und schwer verletzt aufgefunden worden. Weitere vier Jansbrunner Touristen, die die Tour ebenfalls unternommen hatten, werden noch vermisst.

Entführer und Mörder. Im heißblütigen Lande des Mexiko hat sich ein blutiges Liebesabenteuer abgespielt, dem ein junges Mädchenleben zum Opfer gefallen ist. Aus Rom wird gemeldet: Auf dem Landgute der reichen Familie Laplace bei Caccamo auf Sizilien erlitten untermittel ein junger Mann namens Stampacito, der um die Hand des Fräuleins Laplace anhielt, aber abgewiesen wurde. Stampacito, der ein Gewehr trug, war außerdem von drei verumittelten Individuen begleitet. Er setzte das Mädchen ohne weiteres auf ein Maultier und schlepte es mit Gewalt fort. Auf die Hilferufe des Mädchens eilte der Bruder, ein junger Ingenieur, herbei, um die Entführung zu verhindern. Aber ehe er seinen Revolver abfeuern konnte, stürzte er, von einem Hintenschuß in den Kopf getroffen, tot nieder.

Auch ein Nachschuß. Wir lesen im Wiener Fremdenblatt: In der Nähe des Lusthauses im Prater stehen einige Bappeln, deren Alter von Fachmännern auf ungefähr 120 Jahre geschätzt wird. Die Jahre haben die Bäume ausgehöhlt, nur die grünen Kronen legen noch Zeugnis von ihrem Leben ab. Einer dieser Baumriesen geriet vor wenigen Tagen plötzlich in Brand, und die Feuerwehr hatte mit der Löschung des Feuers kein leichtes Stück Arbeit zu leisten. Bei dieser Gelegenheit mußte der Baum umgelegt werden und nun zeigte es sich, daß sein Inneres einen vollständigen Obdolofenhaushalt beherbergte hatte. Zu unterst befand sich ein aus Gras bereitetes Lager für den „Hausheern“. Er war der einzige, der sich ausstrecken konnte. In die Höhe des Bauminneren führten Stiegen, auf deren Wänden je eine Person sitzend oder zusammengekauert übernachtete konnte. Jeder der Bewohner, unter denen sich auch ganz junge, den Eltern entlaufene Burichen befanden, hatte sich sein „Zimmer“, soweit es möglich war, wohllich eingerichtet. Es fanden sich hier verschiedene roh ausgearbeitete Ritzwerke und Kleiderkasten, in die Baumrinde waren Fenster und Gucklöcher geschnitten. Allerdings wird dieser Romanstil jetzt ein Ende gemacht. Die anderen hohen Baumriesen in jener Gegend werden um ähnliche Anschauungen unmöglich zu machen, mit Zement ausgegossen werden.

Eine höhere Tochter als Mörderin. Aus Christiania wird der „Berliner Tageblatt“ geschrieben: Ein schweres Verbrechen hat eine Schülerin der höheren Töchterschule in Drontheim verübt. Die Mörderin steht im Alter von 16 Jahren und wohnte in Drontheim bei ihrer alten Großmutter. Unmittelbar vor Ostern starb die Tante, und das Mädchen legte dem Nachlassgericht ein Testament vor, in dem die Verstorbene sie zur Universalerbin eingesetzt hatte. Bald stellte sich aber heraus, daß das junge Mädchen das Testament zu seinen Gunsten gefälscht hatte. Das Mädchen wurde verhaftet; die Polizei fahnte auf Grund verschiedener Indizien auch den Verdacht, daß die Nichte ihre Tante nach der Testamentfälschung plötzlich gestorbene Tante aus dem Wege geräumt habe. Da die Indizien sich mehren, legte der Tante ein Verbrechen auf. Die Verhaftete gibt zu, daß sie den Mord mit Ueberlegung ausgeführt habe; die Tante habe die Fälschung des Testaments entdeckt und ihr mit Anzeige gedroht. Um dies zu verhindern, habe sie die Tante erdrosselt; sie habe die schwächliche 73jährige Dame mit dem Kopftuch ihres Bettes erstickt. Die Mörderin legte nach der Begehung des Verbrechens ihre Vorbereitungen zum Examen ruhigen Mutes fort. In der Schule war sie fleißig und ehrgeizig. Sie bestand die Prüfung in allen Fächern mit guten Notizen. Eine Spur von Reue zeigte sie nicht. In der Unteruchungshaft verlangte sie „spannende Romane“ als Lektüre.

21 Personen ertrunken. New York, 19. Juli. Gestern sind in den hiesigen Gewässern bei einem plötzlichen Sturm 21 Personen ertrunken.

Die Katastrophe auf der Berliner Stadtbahn. Ueber den Moment der Katastrophe gibt ein Augenzeuge dem „Berliner Tageblatt“ nachstehende Schilderung: „Das Rennen wird immer spannender, immer aufregender, und plötzlich entringt sich ein Entsetzensschrei aus Tausenden von Kehlen. In kaum einer Sekunde ist ein fürchterliches Unglück geschehen. Auf der Kurvenplatze brennt lichterloh ein Motorwagen, Motorräder und Rennfahrer überstürzen sich, einzelne von ihnen fliegen wie abgefeuerte Kanonenkugeln auf den Sandplatz des Innenraumes, Motorräder und Fahrräder laufen die Bahn herab, die Zuschauer springen bleich und aufgeregt von ihren Sitzen, ein Moment ratloser Bestürzung herrscht unter den Tausenden von Zuschauern. Beherzte Männer springen über die Barrieren, bemühen sich um die herumliegenden verunglückten Rennfahrer, man hebt sie auf, man reißt ihnen die bide Uebergewandung vom Leibe und sucht sie nach den Köjen zu bringen. — Den schrecklichsten und fürchterlichsten Anblick bietet aber die Tribüne mit den Kurvenplätzen. Dort schlägt eine mächtige Feuerfäule zum Himmel, Schmerzens- und Entsetzensschreie werden laut, es herrscht für Sekunden ein unentwirrbares Durcheinander. Die Zuschauer drängen sich dorthin, andere, die Augenzeugen der Explosion gewesen sind, flüchten entsetzt von ihren Plätzen, viele stürzen über die Barrieren und rutschen die Kurve hinunter in den rettenden Sand. Vom Sattelplatz aus sieht man eine berger Gruppe von Männern um den brennenden Motor hantieren. mehrere Menschen, die der Motor bei seinem wuchtigen Schwung über die Barriere niedergeschmettert hatte, werden unter dem feuerbeizenden Motor hervorgezogen. Die erste Verunglückte ist eine Dame. Ihre schwarze, spitzenbiete Kleidung steht in hellen Flammen, eifrige Hände reihen ihr die brennenden Rehen vom Leibe, bis sie in Sohle und Hemdchen da steht. Die Männer, die der bedauernswerten Frau die brennenden Kleider vom Leibe gerissen hatten, überließen die weitere Bergung der Dame anderen Samariterhänden, aber es fand sich bedauerlicherweise keine helfende Seele, die der fürchterlich verbrannten Frau zur Seite gesprungen wäre. Die Verurteilte warnte die Sitzreihen entlang, angestarrt von entsetzten, ratlosen Zuschauern, einem Ausgang zu, seine hüfliche Hand bot sich ihr, und am Ausgang zur Treppe stürzte sie bewußtlos zusammen. Von der Stelle, wo sie zusammengekniet war, brachten sie einige Zuschauer in eine letztebende Koj. Inzwischen wurden unter dem brennenden Motorwagen neue Opfer der Katastrophe hervorgerufen. Einem Manne war das Gesicht schwarz verpöbte, die Kleider verbrannt, die Hände mit schrecklichen Brandwunden bedeckt, das Fleisch stellenweise bis auf die Knochen losgeschlagen. Auch er wurde von mitleidigen Helfern von der Tribüne herabgetragen und auf dem Rasen als tot niedergelegt. Ueberall sah man an der Unglücksstelle zerstreute, blutende Geschüter, Köpfe mit

Brandwunden, Personen mit angesengten Kleidern und kleineren Verletzungen.“

Berlin, 19. Juli. Die Staatsanwaltschaft des Landgerichts I Berlin hat zur Ermittlung des Schuldigen der gestrigen Rennbahnkatastrophe eine Unteruchung eingeleitet. Gegen wen die Anklage erhoben werden wird, hängt von dem Ergebnis der Unteruchung ab. Der Minister des Innern forderte furs nach dem Unglück einen ausführlichen Bericht über die Katastrophe ein, in dem die genauen polizeilichen Feststellungen, auch soweit sie Mängel in der Anlage der Rennbahn betreffen, angegeben werden sollen.

Berlin, 19. Juli. Unter den Schrittmachern wird die gestrige Rennbahnkatastrophe noch lebhaft erörtert. Sie schieben die Schuld an dem Unfälle Krüger zu; dessen Maschine sei vor dem Rennen nicht in Ordnung gewesen. Die Delpumpe war led, die Vorderpneumatik besaß keine Riegelreifen.

Berlin, 19. Juli. Im Elisabethkrankenhaus ist von den bei dem gestrigen Unglück auf der Stadtbahn im Botanischen Garten schwerverletzten Personen inzwischen noch Frau Krüger, die Mutter des getöteten 17jährigen Mädchens, ihren Verletzungen erlegen. Das Befinden der übrigen Schwerverwundeten ist sehr ernst, so daß man noch mit weiteren Todesfällen zu rechnen haben wird. Im ganzen sind also bis jetzt 5 Todesfälle zu verzeichnen.

Von der Luftschiffahrt.

Stuttgart, 19. Juli. Ueber die Beziehungen des Reiches zum Grafen Zeppelin und seinen Unternehmungen teilt der „Schwäbische Merkur“ von unterrichteter Seite mit, daß voraussichtlich in der nächsten Woche das Erklärungsstück für das bei der Entschädigung vom Sturm gerietene von den Kommissaren des Reichsamts des Innern und des preussischen Kriegsministeriums abgenommen werden, woraufhin dann die Restzahlung des durch einen Nachtragsetat für 1907 zur Verfügung gestellten Betrages in Höhe von 500.000 Mk. an den Grafen Zeppelin erfolgen werde. Damit sind dann die Beziehungen des Zeppelinschen Unternehmens zum Reich vorläufig abgeschlossen, da etwaumliche Mittel zur Förderung seiner Betreibungen nicht mehr zur Verfügung stehen.

Calais, 19. Juli. Der Luftschiffer Ratham unternahm heute morgen um 6 Uhr 45 Min. den Versuch, den Aermelskanal zu überfliegen. Der Aufstieg erfolgte bei sehr günstigen Wetter. Der Luftschiffer entwand mit seinem Apparat bald in sehr beträchtlicher Höhe den Blicken der Zuschauer. Bis 9 Uhr morgens war eine Meldung über seinen Verbleib nicht eingetroffen. Kurz darauf trat jedoch ein Schleppdampfer aus Calais ein mit dem Luftschiffer an Bord. Dieser war 18 Kilometer von der Küste infolge eines Motordefekts abgetrieben. Er selbst war nicht verletzt, dagegen hatte sein Apparat Beschädigungen erlitten. Die angewiesene Volkseigene alliierte der Luftschiffer in freier Willkür Weise. Ratham erklärte, daß er sofort, nachdem sein Apparat repariert sein werde, seinen Versuch erneuern werde.

Mathien, 19. Juli. Der Luftschiffer Boulhan erhob sich mit seinem Flugapparat bis auf 100 Meter und flog dann in der Richtung nach Arras. Bei der Rückkehr flog er über einen Fesselballon, der in 120 Meter Höhe stand. Er wandte zum zweiten Male und erreichte bei seiner Rückkehr eine Höhe von 150 Metern. Heute nachmittags um 4 Uhr wird er die Fahrt Douai-Arras und zurück ausführen.

Arras, 19. Juli. Der Luftschiffer Boulhan, welcher um 1/2 6 Uhr die Hin- und Rückreise Douai-Arras vorzunehmen versuchte, mußte infolge eines Motordefekts einen Kilometer von Douai landen. Um 6 Uhr kehrte er die Fahrt fort und landete in Arras um 6 Uhr 22 Min., nachdem er die Strecke von 20 Kilometern in 22 Minuten zurückgelegt hatte. Um 6 Uhr 50 Min. begann er die Rückfahrt nach Douai. Drei Kilometer von Arras mußte er infolge zu starken Windes wieder landen, wobei sein Apparat einige Beschädigungen erlitt.

Meß, 20. Juli. Gestern trafen die Führer der Ville de Nancy, Ingenieur Kapferer mit seinem Bruder aus Nancy hier ein und besichtigten mit Erlaubnis der deutschen Militärbehörde die Ballonhalle. Abends wohnten die Herren einem Aufstieg des 3. I bei. Einstimmig erkannte man die Leistungen und die Manövrierfähigkeit des 3. I mit bewundernden Worten an. Von französischer Seite wurde angeregt, für heute abend einen gemeinsamen Aufstieg des Zeppelin und der Ville de Nancy zu unternehmen und an der Grenze zusammenzutreffen.

Lachen, 20. Juli. Prof. Reikner von der hiesigen Technischen Hochschule führte gestern in Branderscheid bei Lachen mit seinem Flugapparat Flugversuche in 4-6 Meter Höhe aus. Der erste Flug gelang ausgezeichnet. Bei der zweiten Landung wurde infolge Abstellens des Motors ein Rohr des Stablagertells geknickt. Prof. Reikner wird seine Versuche in einigen Tagen wieder aufnehmen.

Briefkasten der Redaktion.

G. A. Oberlücke. Sielermann hat gegen die Tabaksteuer gestimmt.

Für die Reife mit Säuglingen ist als zweckmäßigste Nahrung „Lufte“ zu empfehlen. Es ist leicht zuzubereiten, lange haltbar, macht die Kuhmilch leichter verdaulich und schützt vor den gefährlichsten Darmerkrankungen. [3937]

Kleine Anzeigen-Gefte.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg. in der seltenen Ueberschrift 10 Pfg. * Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet. Anzeigen unter dieser Anzeile werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

- | | |
|--|---|
| Rochherde,
weiß und schwarz emaillet, wenig gebraucht, in enorm großer Auswahl, sollen räumungshalber zu jedem nur annehmbaren Preise verkauft werden. Teilzahlung gestattet. Adolf Heine, Ritterstraße 57. 3569 | Bettstelle 3930*
mit Matratze und runder Tisch billig abzugeben. Alst. Kirchstraße 10. |
| 50 Prozent 3918
und mehr verdient jeder bis zum Inkrafttreten der Steuer, der Zigaretten stückweise kauft bei Aug. Dufmann, Wendstr. 20, Ecke Gr. Kurfürststraße. | Wohnung,
2 freundliche Räume, zum 1. Oktober zu vermieten. Klosterr. 3. 3814* |
| Wiebrod.
Durchgebrannt ist mein Eimburger und Garzke, um sich der Banderole-Feuer zu entziehen. 3921 | Wohnung 3935*
von 3 Räumen mit Stallung und Land, Wallenstein 15, zum 1. Oktober zu vermieten. Nachfragen Straderjahn, Bleichstr. 197. [3854*] |
| Wiebrod 80
kostet das Pfund Löffel Fettöl, 11. Reiböl 4 St. 10 Pfg. 3922* | Wohnungen
in Schilfsee, Bielefelderstraße, 3 u. 4 Räume mit Land per sofort oder 1. Oktober zu vermieten. Näheres Boß, Bielefeld, Kaiserstr. 3. [3939*] |
| Kinderrwagen,
moderner, wegen Platzmangel billig zu verkaufen. Gadderbaum, Eggental Nr. 32. [3940*] | Teilhaber
gesucht mit 1000 bis 1500 Mk. Kapital, zwecks Vergrößerung eines Betriebes, welcher nur an Konsume liefert. Sichere Anlage und hoher Gewinn. Alles geist. Artikel. Off. unt. R. G. an die Exped. „Vollsmacht“, Bielefeld. [3938*] |
| Alttertümlicher
Kleiderfranz zu verkaufen. Gellershagen, Schulstraße 129. [3934*] | Mittagstisch, 3933*
Privat, wird gesucht 50-60 Pfennig. Off. unter 52 dieses Blattes. |
| Defen,
Rochherde und Küchengeschäfte liefert billigst Beckord & Lohmann, Gütersloherstraße 58 a. | |

Monumentspreis
für Bielefeld und Umgegend wie bei sämtlichen Agenturen ins Haus gebracht 60 Pfg. m. l. l. l. Durch die Post bez. 1,80 Mk. vierteljährlich exkl. Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Zeitsprech-Anschluß Nr. 33

Nr. 167.

Die heutige Nr.

Blodpolitik

Dr. Breitscheid.
gestige Haupt der „Demokratie“ einen Artikel über den Begriffswortern eine glatte Wange teil enthält eine so hübsche, einmündige Auffassung von will als ein buat zuunstreitender Elemente, daß auf dem Parteitage d. Abgeordnete Schradersammlung dem Bundesrat bald wieder mit denen in die ihm vor Jahresfrist, traktierten Vereinigung ein Breitscheid nimmt nun d. fischen entbringenden G des Reichstags oder wenig beauer, jedoch, daß die lichen Einladung nicht in Die Blodpolitik des A der eigentliche und letzte Elemente gewesen, sie haben zwischen der Masse des Finten blendend beleuchtet für den Liberalismus, ob mit dem Konjunktivismus rechts oder links nimmt, sehr tiefgehenden Unterich Veränderung der Stellung ehemaligen Blodfreisinn wenn die Haltung des Fre Umgestaltung der Grundb aber bis jetzt nicht das U Haltung des Reichstags im Schnapsbolsche beneide e. „Es galt, ein gemein gegen die neue Mehrheir unterließ jeder V weanz und verachtet wi Finken verriekt. Wird geworfen, und findet er ren, der nicht eingeladen seine Folge geleistet h keinen Blod. Dazu g fichtstetier Aktion berei an verachtet, die M Wähler hinter sich h Durchführung dieser F Sozialdemokratie auf Ari an der Verwirkli die Regierung zur Bei nicht den Glauben an d sich liberalen Grundge Aber es fehlte nicht nur seine Taktik im entchiede bern es lägen jager bereit der Freisinn sein obnebi öblich preisgeben wolle: „Nachdem sich eben in der Politik so bitter Verstoffe gegen „Zint macht. Nun soll die Re geworfen werden. Ver nur soll man in der Vi zu richten. Herr Korb ichen Gegnern das Nre gebenben schützöllnerie fährt seine Rechtstertier Ein Bauernburg Nationalliberalen, denen gefährlicherer Wahlgen Programm ist konius graben, der das Sel politik ausdrückt. Sollen nun die Na die Gewinnung der Pa hningen wollen auch h möchsten sie ihre Chan tagabgeordnete brieden ons, und der früher Danzig steht im „Berli züglich der Frage Re Liberalismus ein Waff Wenn der Freisinn der auch seine wirtschaftlichen Vord werfe, müsse man denn schließlich noch liber „Münsterberg meint tiemus ist Unzulängkeit recht, er soll die Dulda politischen und religiö seinen Preis um ihre oder verringern. Wer des Rahmens der ege regiert die Partei übe jedes positive Ziel. Ein Rektion sehr wohl ab nicht verlangen dürfen, nehmen, das ohne Kon Winde treibt.“ Die lühl abwartende s der politischen Einicht B wohl schwierig zu tranten nung des Reichstags nicht würde. Er würde schlie mit dem Freisinn nicht ab Kampfbereitschaft des Re bei dem politischen Kall nicht. Je eher und grün liefert, daß sein Herausw auf seine Grundzüge geb